

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Brunnstr. 2/4, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Ende 20 St. Durch die Post bezogen M. 2.50, bei uns ganz M. 2.00, wo keine Post am Ort. M. 2.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Abbestellungsgeld für die Abbestellung der „Volkswacht“ über den Namen des Abonnenten. 25 Pfennige für die Abbestellung. Bei Abbestellung durch den Postboten 15 Pfennige. Abbestellung über den Namen des Abonnenten 25 Pfennige. Die Abbestellung muss bis zum 1. Oktober d. J. bei der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 238.

Sonntag, den 10. Oktober 1908.

19. Jahrgang.

Kadavergehorsam.

Die Militärfrommen ärgern sich sehr darüber, daß die Sozialdemokratie behauptet, die Armeesoldaten seien untergebenen Kadavergehorsam. Da das Wort „Kadaver“ auf deutsch Leichnam heißt, so versteht man unter einem Kadavergehorsam eine Unterwerfung, bei der der Körper feilenlos, rein mechanisch auf die Befehle des Vorgesetzten reagiert, ähnlich wie der Körper eines Toten unter der Einwirkung des elektrischen Stroms gewisse Bewegungen ausführt. Verstand und Gefühl haben beim Kadavergehorsam keine Stimme.

Auf die Frage, ob die Armeesoldaten wirklich einen solchen Gehorsam anerkennen und anerkennen wollen, sei später eingegangen. Zunächst mag festgestellt werden, welchen Gehorsams eine Armee für ihren Zweck, die Verteidigung des Vaterlandes gegen Angriffe von außen, bedingt.

Daß im Kriege von den daran Beteiligten eine große Unterordnung gefordert werden muß, ist klar. In ihm kommt auf das Verhalten des einzelnen sehr viel an, weil die ganze Maschinerie in einer Richtung arbeiten und in kurzer Zeit ihr Ziel erreichen soll. Dazu kommt, daß Fehler und Versehen im Kriege von den furchtbaren Folgen sein können, häufig gar nicht wieder gut zu machen sind.

Nehmen wir den Fall an, eine Schlacht sei entbrannt und der Führer der einen Partei erwarte, daß eine größere Heeresabteilung einen gewissen Punkt spätestens bis zu einer gewissen Zeit erreiche und dann dem Gegner in die Flanke falle. Der Führer rechnet mit dem Eintreffen dieser Abteilung sicher, alle seine sonstigen Dispositionen sind darauf berechnet, aber die Abteilung kommt nicht, weil vielleicht ihr Kommandeur glaubt, er könne es auf andere Weise besser machen. Daß durch diesen Ungehorsam eine schwere Niederlage entstehen kann, ist selbstverständlich. Auch Ungehorsam in den unteren Regionen kann im Kriege großen Schaden anrichten.

Sehen wir zum Beispiel den Fall, daß der Führer einer Offizierspatrouille seiner Aufgabe nicht genau nachkomme und daher eine wichtige feindliche Maßnahme nicht entdecke. Auch das kann unter Umständen zum Verlust einer Schlacht führen, die vielleicht den Verlust des ganzen Feldzuges im Gefolge hat.

Die Erfahrung lehrt, daß im Kriege der Soldat, der Unteroffizier und die Offiziere der unteren Grade viel weniger zur Renitenz neigen als die höheren, vor allem die höchsten Führer. Der Grund ist darin zu suchen, daß solche Generale ihre eigenen Ansichten darüber haben, wie man den Krieg, an dem sie teilnehmen, am besten führen kann. Verfährt der Stabskommandierende oder sonst einer ihrer Vorgesetzten nicht nach diesem Rezept, so greift mancher von ihnen zur passiven, nach Umständen sogar zur

aktiven Opposition. Daß sich dies auch in der preussischen Armee ereignet, hat zum Beispiel der General v. Steinmetz, bei dem freilich auch gekränkter Ehrgeiz mitspielt — man hatte nämlich, wie sich ja von selbst versteht, im 70er Kriege an die Spitze der zwei größten deutschen Armeen zwei Hohenzollernprinzen gestellt und ihn selbst mit einer kleinen Armee abgepeißt — bemerkt.

Was die unteren Chargen, vor allem die Mannschaften, anbelangt, so werden sie im allgemeinen nur dann renitenz, wenn ihre Führer unfähig sind, denn aus einer solchen Unfähigkeit entspringen für die Truppen nicht nur Niederlagen, die die unteren Chargen am schwersten büßen müssen, sondern auch unnötige Anstrengungen und Entbehrungen aller Art. Dann folgen den Befehlen Gegenbefehle, die überflüssige Märsche verursachen, der Nachschub und die Verproviantierung sind schlecht, der Mann steht sich auf das die Disziplin untergrabende Bündeln angewiesen und so gehen die Bande der Unterordnung in die Brüche. Sind aber die Führer ihrer Aufgabe gewachsen, so wird die Disziplin, abgesehen von verhältnismäßig wenigen Ausnahmefällen, von selbst erhalten bleiben.

Daß in einer Armee ein strenger Gehorsam vorhanden sein muß, soll im Kriege nicht ein schweres Fiasko erleiden, akzeptiert auch die Sozialdemokratie nicht. Aber ein Kadavergehorsam ist nicht nötig.

Nun zu der Frage, ob das deutsche Armeesystem einen Kadavergehorsam anerzieht. Diese Frage muß nach den traurigen Bildern, die in den Militärgerichtsfilmen schon entrollt worden sind, unbedingt bejaht werden. Es sei hier an den preussischen Soldaten erinnert, der auf Befehl seinen eigenen Kof trug; weiter an die deutschen Soldaten, die Kameraden auf Befehl ins Gesicht spuckten; es sei ferner an den Soldaten verwiesen, der auf Befehl seinen eigenen Auswurf vom Boden aufleckte, auf die, die einen gewissen Körperteil auf Befehl zum Fenster hinaushielten. Dies nur einige von den vielen Beispielen.

Wer Befehle wie die erwähnten befolgt, die jeden halbwegs normalen Menschen mit Widerwillen und Ekel erfüllen müssen, ist beim Kadavergehorsam angelangt. Hier reagiert der Körper förmlich mechanisch auf den erhaltenen Befehl; Verstand und Gefühl sind fast ausgeschaltet. Die Frage, ob das deutsche Armeesystem einen Kadavergehorsam anerzieht, ist somit zu bejahen.

Nun zu der Frage, ob mit dem deutschen Militärsystem der Zweck verfolgt wird, den Untergebenen einen Kadavergehorsam einzutampfen. Wer selber in der Armee gedient hat, wird daran nicht zweifeln. Und in Bezug auf die Zeit sogar der sozusagen offizielle Beweis dafür angetreten worden, daß dem so ist. Ein Sergeant hatte einem Kanonier befohlen, daß er alten Pferdemeißel, auf dem Würmer herumkrochen, mit den Händen anfassen und auf einen Wagen werfen solle. Der Kanonier weigerte sich, diese ekelhafte Arbeit zu verrichten, worauf nicht

der Sergeant wegen seines Befehls, sondern der Kanonier wegen Gehorsamsverweigerung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Nach dem offiziellen militärischen Anschauungen hätte also der Kanonier den Pferdemeißel wirklich mit den Händen anfassen sollen. Damit ist auch der Beweis dafür geliefert, daß die Untergebenen durch das deutsche Armeesystem zu einem Kadavergehorsam erzogen werden sollen.

Es ist gut, sich dieses Urteil zu merken, denn es bietet eine ausgezeichnete Waffe gegen die Behauptung der Militärfrommen, daß die Sozialdemokratie eine verwerfliche Hege treibe, wenn sie von einem in der Armee geübten Kadavergehorsam spricht.

Wer das Wesen des Massenstaates nur einigermaßen erkannt hat, wird sich freilich darüber nicht wundern, daß der Staat seinen Soldaten einen Kadavergehorsam beibringen will. Dieser Staat fordert ja von seinen Soldaten, daß sie, wenn er es im Interesse der herrschenden Massen gerade wünscht, auch auf Vater und Mutter, auf Schwestern und Brüder und Freunde schließen. Dagegen ist doch das Aufgeben von Pferdemeißel mit den Händen noch eine himmlische Beschäftigung.

Politische Uebersicht.

Enttäuschungen überall.

Despit auf allen Gebieten, das scheint die derzeitige Signatur unserer Reichseinnahmen zu sein. Wie die „Germania“ feststellt, werden die Getreideerträge im laufenden Jahre für die Reichskasse kein glänzendes Ergebnis bringen. Allein in den acht Monaten von Januar bis August wurden nicht weniger als 43,66 Millionen Mark auf Einfuhrschneine angerechnet gegen 28,46 Millionen Mark gleichzeitig 1907 und 20,90 Millionen Mark gleichzeitig 1906. Diese Beträge stellen die geleistete Zollvergütung für ausgeführtes Getreide dar. Sie lassen erkennen, in welchem Maße die Getreideausfuhr aus Deutschland bisher zugenommen hat. Die Zunahme ist nach wie vor am stärksten beim Hafer. Dagegen hat die Einfuhr nur 177.130 Tonnen, die Ausfuhr aber 367.620 Tonnen betragen, so daß sich jetzt ein Ausfuhrüberschuß von 190.490 Tonnen ergibt. Sehr stark hat gegen das Vorjahr namentlich die Haferausfuhr nach England zugenommen. Die Steigerung der Ausfuhr und der Rückgang der Einfuhr haben bewirkt, daß gegenüber dem Vorjahre der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr zurückgegangen ist. Auf die Einnahme aus den Getreidezöllen hat es die gleiche Wirkung, ob die Einfuhr abnimmt oder die Ausfuhr zunimmt. Für das laufende Jahr dürfte sich daher, wenn die bisherige Bewegung im deutschen Getreidehandel anhält, das finanzielle Ergebnis der Getreidezölle wenig günstig gestalten.

Und damit wird natürlich die Verwirklichung der Witwen- und Waisensicherung, dieses Zentrumsföders

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Carl von Holtz.

201

Dies geschah in den Nachmittagsstunden des folgenden Tages. Als er sich anmelden ließ, pochte ihm das Herz gar gewaltig, obwohl vor Freude, daß seine Besorgnis, sich eine Feindin gemacht zu haben, unzulässig gewesen sei, wie auch vor Besorgnis, daß die Freude leicht wieder getrübt werden könne. Denn er hatte die ihm anvertraute Rolle vorher einige Male durchgesehen und gelangte zu keiner Einsicht darüber, ob es ein „jungfräulicher Intriguant“, ob es ein „Liebhaber“ sei, den er in der Hand halte. Die Sucht, scharfe Fächer zu fächeln, war (ist vielleicht?) beim Theater so vorherrschend und so ansteckend, daß sie zur Krankheit wird, daß ihr sogar geistvolle Schauspieler bisweilen verfallen, und man vernimmt weit häufiger die Frage: in welches Fach gehört diese Partie? als jene doch ungleich wichtigere: was enthält sie an wahrhaft lebendigen und menschlich getreuen Elementen? Wir dürfen uns also nicht wundern, wenn ein Kind wie Wulf die erste Frage früher getan, denn die zweite. Und vielleicht auch wurde ausnahmsweise gerade hier dadurch bewiesen, daß er ein geniales Kind sei? Die konsequente Verstellungsgabe, womit Mortimer seinen alten Oheim, alle Umgebungen, die Königin Elisabeth zu täuschen versteht, deutet bestimmt genug auf jene lauernden Schleicher hin, die man im Bühnenjargon „Intriguants“ benennt. Die Schulte, welche er, ein gläubiger Schüler, bei den Jesuiten durchmachen mußte, dürfte seiner Meinung nach auch Spuren in der äußeren Erscheinung hinterlassen haben. Er sah sich schon in der Maske eines verblühenen, frühzeitig altgewordenen, von grübelnder Schwärmerlei und nagender Leidenshaft aufgetriebenen, blaffen, hochfahigen Jünglings, wollte daraus auch herleiten, daß Maria gegen einen Amdeter kalt bleibe, was doch sonst ihre Sache nicht sei.

Gotthebe nahm diese Auseinandersetzungen zuerst fast spöttisch auf, weil sie ihren Begriffen von einem ritierlichen Verhalten so sehr widersprachen. Sie persönlich teilte ja Marias Kälte gegen diesen Mortimer nicht im geringsten; sie zog zum keinen Vetter vor; und der Gedanke, einen zur Frage entstellten, verzerrten Fanatiker auf sich einbringen zu sehen, war ihr peinlich. Unerwartet erklärte sie doch die scharfsinnige Auffassungskraft des Anhängers, der, ohne große Vorbilder, ohne Lehre und Unterricht emporgewachsen, jetzt mit einem Bilde aus flüchtigen abgezeichneten, vom Zusammenhange des großen Geschehens abgetrennten Blättern herauszukommen vermochte, was anerkannten Künstlern bisher entgangen zu sein schien. Kein Mortimer, den sie gesehen, hatte nur entfernt geahnt, daß ähnliche Studien ihm auf ähnlicher Art gelte. Er sah sich schon in der Maske eines verblühenen, frühzeitig altgewordenen, von grübelnder Schwärmerlei und nagender Leidenshaft aufgetriebenen, blaffen, hochfahigen Jünglings, wollte daraus auch herleiten, daß Maria gegen einen Amdeter kalt bleibe, was doch sonst ihre Sache nicht sei.

unrichtig oder wenigstens nicht für praktisch ausführbar halte, verurteilte sie nun durch Gründe zu belegen. Obenan stellte sie den unverkennbaren Eindruck, den des biedern Kerkermeisters Wuffe auf die Elisabeth macht. „Die jungfräuliche Königin“, äußerte sie mit höhnlicher Betonung des „jungfräulichen“, gibt ihm ziemlich klar zu verstehen, daß er ihr nicht unwillig erscheine, sich mit Vetter in ihre verkwücherten Günstbezeugungen zu teilen. Und dies nur einigermassen plausibel vor den Augen des Zuschauers zu machen, muß Mortimer schon, stattdessen, ebel erscheinen. Einen mündlich kriechenden, halberkommenen Schleiher möchte sie etwa mit Verheißung auf goldenen Lohn, auf Ehren und Würden abspießen; es kann ihr nicht einfallen, auch als nur vorübergehende, Neigung menschlicher Laune nicht, die von ihm begehrte Mordtat einem solchen durch persönliche Günst, durch die „engsten zartesten Bande“ bezahlen zu wollen. Das können Sie noch nicht übersehen, lieber Wulf, weil Sie das Wort noch nicht im ganzen fassen. Nehmen Sie mein Exemplar mit heim, lesen Sie es heute Nacht aufmerksam durch, und Sie werden von ihrer vorgefaßten Meinung zurückkommen. Es gibt auch Gelehrte, welche in derber Biederkeit zu täuschend verstehen, welchen man um so leichter vertraut, weil sie ritierlich, hochgestimmt, feurig und zugleich barsch, wohl gar bärbeißig auftreten. So zeigt sich Mortimer anfangs gegen Kennedy, so mit seinem Oheim, so mag er auch vor Englands Beherrschern stehen, ein wilder Sohn seiner Väter, voll Kraft, trotzig und besonnen... aber anmutig daneben, blühend schön, wie ein noch nicht gebändertes Foh von edelster Wasse. Nur wo er Maria zum erstenmal in sein Zimmer schauen läßt, geht er ein, daß ihm schon ein Flügel übergeworfen wurde, den er doch nur Intrigant trägt, den der Ausbruch wilder Begierden bald sprengen wird. Ich weiß recht gut, daß diese meine Bemerkungen nicht alle Widersprüche und Inkongruenzen ausbeben, in welchen der Dichter Ihren Mortimer verwickelte, und welche nicht ausbleiben konnten, wie mir scheint deshalb, weil Schiller selbstigen Fanatismus und ungezügelt Stimmigkeit — zwei Richtungen, die ihm selbst in seiner idealen Natur so fern wie möglich liegen — in einer Person zur Anschauung bringen wollte und deshalb einen Anlauf nahm, der auch den größten Dichter zur Unnatur führen muß. Das geht uns aber nichts an, die wir darzustellen haben. Uns bleibt nichts übrig, als den Absichten des Dichters zu dienen, soweit es in unseren Kräften steht, und insofern es sich mit günstiger Wirkung auf der Brettern vereinbaren läßt. Außerdem verlange und brauche ich für meine Maria einen schönen Mortimer. Schillers Maria Stuart ist ja nichts als eine raffinierte Nothilfe der wegen ihrer allzu leichten Umgebung verunglückten Königin. Wie er sich mit der historischen Nichtigkeit abfindet, das ist seine Sache. Aber ich will meine Glocke nicht betrübt wissen; ich will die Treue, die ich Western bewahren bis aufs Schwert, als Geliebten um das fallende Haupt binden. Wo blieben diese Treue, diese Glorie, wenn Mortimer nicht eine gefährliche Persönlichkeit mitbrächte? Er unheimlichster Sie sich zeigen, delta herrlicher tritt Marias

Widerstand aus Wuth... und ihr bleibt es dann immer unbenommen, den armen Erdobachten nach seinem Willkür durch ein freundliches Wort zu ermuntern.

Wulfs Aufmerksamkeit war viel zu sehr auf den scheinbar künstlerischen Inhalt ihrer langen Uebersetzung gerichtet geblieben, um sich in den schwachen Doppelsinn der Schlusswendung so rasch zu finden. Er hielt es nun für bedauerlich, daß seine Ansicht von der Rolle eine feyerliche gewesen; er empfing anständig, voll Vertrauen das Buch, welches zum poetischen Glauben verhelfen sollte. Außer diesem Buche nahm er fürs erste nichts mit, als unbedingte Verehrung für seiner Oberintendant dramatische Weisheit. Seine begünstigte Theaterliebe blühte noch in jenem beglückenden Stadium, wo nichts dagegen aufkommt, wo sogar Herz und Sinne von ihrem narzotischen Fauberdufte eingekullt werden... wenigstens auf Stunden.

Gotthebe erkannte dies und wußte es auch zu schätzen. Deshalb ließ sie ihn schelden ohne weiter in ihn zu dringen. Ich will seinen Künstler nicht führen, sagte sie; ich will ihn heute nicht abziehen vom Genusse, den die Tragödie ihm verheißt. Schiller ist der wahre Dichter für die Jugend. Mag er sich mit Leib und Seele versenken in diese Welt voll erhabener, übertrüblicher Nern. Mag er heiße Tränen dabei vergießen, wie nur der unerschrockene Junge sie weint. Der dritte Akt wird ihn doch wieder in die Welt des Irdischen zurückführen; über die Wartenszene kann er nicht hinaus, und wenn er Engelsstüchle hätte. Er muß zuerst in Maria das schöne Weib entdecken, und da ich für ihn Maria sein werde, so entgeht er mir nicht.

Nicht absichtslos hatte sie ihm denjenigen Abdruck anvertraut, aus dem sie vor einigen Jahren memoriert, und worin alle Reden der Maria mit Etlichen, Ausrufungszeichen und Randbemerkungen reichlich versehen waren. Darüber konnte Wulf nicht erstaunen. Dagegen bestrebte ihn anfänglich, daß ihr Bleistift auch in Mortimers pompfaste Expletationen sich eingeschlichen. Er hoffte Fingergelbe, Aufklärung über zweifelhafte und schwierige Sätze zu finden. Bei näherer Beschäftigung aber trat hervor, wie es sich keineswegs darum handelte, künstlerisch zu erläutern, sondern lediglich darum, auf diejenige Stelle aufmerksam zu machen, die von einer unbehaglichen Leidenschaft Zeugnis geben. Da wimmelte es von Spuren des feinsten Pariser Grabons, den eine resolute Hand dünnen Papiers eingebrückt. Die Stellen: „Der ist ein Kaiser, der nicht das Glück selbst in unauflöslicher Umarmung, wenn es ein Gott in seine Hand gegeben!“ waren hohpelt unterstrichen. Ich habe mich nicht geirrt, jagte er; ich habe mich nicht von Eitelkeit verblenden lassen; ihr Wohlwollen gilt der Entdeckung meines Talens nicht allein! Sie hat dies Trauerspiel hauptsächlich des geschäftlichen Auftritts halber ausgewählt; das geht aus allem hervor. Sie will mir Mut machen, weil sie meine Beschäftigung für demagogisch hält. Und das ist eine schlimme Geschichte! Wie kann ich das nicht betrogen?

(Mortimerum folgt.)

fürs Volk, wieder hinausgeschoben. Als man dem deutschen Arbeiter die Zaler und Goldstücke durch den Zolltarif aus der Tasche zog, versprach man ihm den roten Kupferfennig der Witwenversicherung — jetzt gehen die herrschenden Gewalten daran, ihm auch diesen Kupferfennig vorzuenthalten.

Die Partei der reichen Erben. Das „nationale Wert“ der Reichsfinanzreform ist ernstlich gefährdet. Nicht etwa durch den müßigen Widerstand, den die Freikinnigen der Einführung neuer indirekter Steuern entgegenzusetzen wollten! Noch weniger durch die prinzipielle Opposition der wahrheitsfreundlichen Parteien gegen die Selbstforderungen einer ausgeprochen wahrheitsfeindlichen Regierung! Sondern das „nationale Wert“ der Reichsfinanzreform ist ernstlich gefährdet durch den unbeugsamen Widerspruch, mit welchem die Konservativen der Forderung der Regierung auf Einführung einer allgemeinen Nachlasssteuer begegnen, und den sie trägt nicht der Ansicht, aufrechterhalten wollen auch auf die Gefahr hin, die ganze Reform zum Scheitern zu bringen. Anders läßt es sich nicht verstehen, wenn jetzt das offizielle Organ der Junkerpartei, die „Konservative Korrespondenz“, schreibt:

Die konservative Partei wird bereit sein, an dem für das Vaterland notwendigen Reformwerke in aller bekannter Opferbereitschaft mitzuwirken, aber sie wird sich nicht an ihrem entscheidenden prinzipiellen Widerstand gegen die Ausdehnung der Erbschafts- oder Nachlasssteuer auf Erbgüter und Deszendenten, wie dies schon das Statut von der Verteilung und auch von dem Abgeordneten Sieb. v. Krichthofen-Dahmsdorf in der letzten Session des Reichstages namens der konservativen Fraktion bestimmt erklärt worden ist.

Ganz anders als die pfusamen weichen Freisinnigen, die schon längst ihre Bereitwilligkeit zur Einführung neuer indirekter Steuern kundgegeben haben, erklärt die Junkerpartei auf ihrem prinzipiellen Standpunkt beharren zu wollen; sie hat ihre „früheren Grundsätze“ nicht aufgegeben, als sie in den Block trat, und sie will abermals beweisen, daß der Block nur solange hält, als in ihr gelangt wird, wie von ihm gepfiffen wird. Da die Konservativen in ihrem Widerstand gegen die Nachlasssteuer bestimmt auf die Hilfe des Zentrums rechnen können, werden sie gegen die Freisinnigen und Nationalliberalen die Mehrheit haben, und schließlich würde die Entscheidung von den Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion abhängen, die dann entweder mit der linken Blockhälfte eine Mehrheit für die Nachlasssteuer oder aber mit der rechten Blockhälfte und dem Zentrum eine Mehrheit gegen die Nachlasssteuer bilden könnte.

Ob man es soweit kommen läßt, oder ob nicht doch noch Friede zwischen Herrn Sydow und den Junkern geschlossen wird, wird abzuwarten sein. Sollten sich die Konservativen aber wirklich am Ende doch erweichen lassen, dann kann man sicher sein, daß sie sich das „nationale Opfer“, das sie bringen, an anderer Stelle zehnfach bezahlen lassen werden. Man muß unbedingt anerkennen, daß diese Herren ihre Klassen- und Sonderinteressen ausgezeichnet zu vertreten wissen, und es wäre nur zu wünschen, daß auch alle Proletarier mit gleicher Energie und Rücksichtslosigkeit, mit ebenem hartem Instinkt für den eigenen Vorteil begabt, ihre Klasseninteressen wahrnehmen würden. Auch darin, wie die Junkerpartei alle billigen Lebensarten von nationalem Interesse und Gesamtwohl verächtlich beiseite schiebt, sobald der Sinn dieser Lebensarten mit ihrem Interesse in Konflikt gerät, kann die agrar-konservative Politik jedem „vaterlandslosen Geizhals“ als Muster dienen.

Die Partei der reichen Erben fordert die Regierung in die Schranken und droht, die Parteikonstellation, auf die sich der Reichsanwalt stützt, zu sprengen, weil die reichen Erben „im nationalen Interesse“ besteuert werden sollen. Und kein Hannstrahl trifft diese Patrioten; sie dürfen tun, was sie wollen, denn sie sind an der Macht.

Kämpfe um das Kommunalwahlrecht in Schleswig-Holstein. In Schleswig-Holstein besteht für die Stadtverordneten- und Magistratswahlen das gleiche Wahlrecht. Das Wahlrecht ist aber an einen Zensus gebunden, der durch die Schleswig-Holsteinische Städteordnung an die Steuerleistung für ein Einkommen von 660 bis 1500 Mark pro Jahr begrenzt ist. Der Zensus ist in den Städten verschieden und ist, als es bei einem verhältnismäßig niedrigen Satz den Sozialdemokraten gelang, Vertreter in das Stadtparlament zu senden, in einigen Städten erhöht worden, so in Kiel, Elmshorn, Neumünster und Lönning. Dadurch wurden von den fast ausschließlich liberalen Kommunalvertretern Tausende von Arbeitern um ihr Wahlrecht gebracht.

In den letzten Jahren ist es nun der Kieler Arbeiterschaft gelungen, trotz des hohen Zensus festen Fuß in der Stadtvertretung zu erlangen. Auch in anderen Städten Schleswig-Holsteins, in Barmstedt, Altona, Nenssburg, wachsen die sozialdemokratischen Stimmen von Jahr zu Jahr. Barmstedt hat zudem bereits sozialdemokratische Stadtverordnete.

Die bürgerlichen Parteien sehen nun das stetige Wachsen der sozialdemokratischen Stimmzahl und sie befürchten für die Städte eine Majorität der Sozialdemokraten. Deshalb schlagen sie eine Änderung des Wahlrechtes vor, die wieder auf eine Entrechtung der Arbeiter hinauslaufen soll. Ein Teil der Bürgerlichen will aber von einer Änderung nichts wissen, weil sie im bestehenden Wahlrecht immer noch das beste Abwehrmittel gegen die anstürmende Sozialdemokratie sehen.

Ein Verbandstag der Schleswig-Holsteinischen Bürgervereine (Kommunalvereine), der jetzt in Schleswig tagend hat, beschäftigte sich mit dem Kommunalwahlrecht und kam zu dem Resultat, daß am Bestehenden nichts geändert werden solle. Es wurde ausgeführt, daß, wenn die bürgerlichen Wähler ihre Pflicht tun, die Sozialdemokratie nicht erreichen könne. In Kiel haben zum Beispiel im vorigen Jahre von 17.240 Wahlberechtigten nur 4075 bürgerliche und 5553 sozialdemokratische Wähler ihr Wahlrecht ausgeübt.

Zum Schluß wurde dann eine Kommission gewählt, die Material sammeln soll, um die Einführung der gegebenen Stimmenabgabe zu ermöglichen. Dabei die Gegner sowie die Anhänger des jetzt bestehenden Kommunalwahlrechtes, lassen sich nur von dem einen Gedanken leiten: Die ist es möglich, die sozialdemokratische Arbeiterkraft von der Vertretung respektive Mitarbeit in der Gemeinde fernzuhalten? Bezeichnend ist, daß auf dieser Tagung das Bürgerium Schleswig-Holsteins als demokratisch gesinnt angeführt wurde.

Die Wahlrechtsreform in Sachsen. In der Sitzung der Wahlrechtsdeputation am Mittwoch kam es zu Differenzen zwischen den Nationalliberalen und den Konservativen wegen der Wahlkreisreform. Als die konservative Mehrheit ohne Rücksicht auf die nationalliberalen Anträge die verstärkte Vertretung der Großstädte ablehnte und beschloß, über die Ortliche Wahlkreisreform zu beraten, erklärten sich die Nationalliberalen durch den Abgeordneten Götter dahin, daß sie sich nicht weiter an den Verhandlungen und Abstimmungen beteiligen wollten. Nach langem Hin- und Hergehen erklärten sich die Konservativen auch bereit, die weiteren Verhandlungen in einer engeren, aus neun Abgeordneten bestehenden Kommission einzuleiten, um zu versuchen, einen Mittelweg zu finden. Gleichwohl erklärten sie, daß dies das letzte Entgegenkommen sei. Von nationalliberaler Seite wird dagegen bemerkt: Da die Konservativen die Majorität nicht mehr hätten, könnten sie allein eine Wahlkreisreform nicht durchsetzen, sondern müßten auf die Nationalliberalen Rücksicht nehmen und ihnen entgegenkommen.

Neue Partei. In Straßburg ist nach Mitteilung eines dortigen Blattes eine neue Partei gegründet worden, womit entschieden einem dringenden Bedürfnis abgeholfen wird. Die neue Partei nennt sich „Freie konservative Vereinigung“ und will alle rechtsstehenden Elemente, einschließlich des Mittelstandes, zusammenfassen.

Der Ausschuss nationaler Arbeitervereine lehnte die Aufnahme der selben Organisation ab, trotzdem sich die beiden doch sehr ähnlich sind.

Ein „nationaler“ Agitator auf Abwegen. In Zwickau in Sachsen wurde der Fabrikarbeiter Wily von Landwehr auf sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er ein Schulmädchen in die Fabrikanlage lockte und sich dort geschlechtlich an ihr verging. Dieser Wily war ein früherer Agitator für die nationalen Arbeiterunterstützungsvereine in Weimar.

Ein gestrauchelter Freisinniger. Aus Albed meldet die „Frankf. Ztg.“: Der Sekretär des Wahlvereins der Liberalen, Kahn, ist mit der Vereinskasse flüchtig geworden. Wir sind weit entfernt davon, aus diesem Fall auf die Unmoralität der Freisinnigen im allgemeinen Schlüsse zu ziehen — wie aber machens die freisinnigen Blätter, wenn ein Sozialdemokrat der gleichen Vergehen überführt ist?

Als Prediger in der Wüste produziert sich der konservative Reichstagsabgeordnete Graf von Schwerin-Löwzig. Er stellt im Tag Betrachtungen an über die Finanzmißere des Reiches, und führt dabei aus:

Worin es vor allem ankommt, d. h. unser gesamtes deutsches Volk in allen seinen Schichten zu der Einsicht zu bringen, daß Opfer, und zwar große Opfer von allen Seiten unbedingt gebracht werden müssen, um den Bestand des deutschen Reiches zu sichern, dessen Begründung unsere Väter und Vorfahren oder auch noch die Krieger unter uns auf den Schlachtfeldern von Königsgrätz und Sedan mit ihrem Blut erkauft haben, davon war in den Zeitartikeln der gesamten Presse über die Reichsfinanzreform bisher leider sehr wenig zu lesen. Und darum möchte ich mit dieser wenigen Zeilen etwas dazu beitragen, daß die Presse aller Parteien, in deren Händen nach des Dichters Wort der Menschheit Würde ruht, die Reichsfinanzreform bei der weiteren Vervielfachung etwas mehr von großen nationalen, und etwas weniger von kleinen parteiischen oder gar privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus betrachten möge.

Die Worte des Grafen Schwerin-Löwzig, scheinen ganz besonders auch auf die agrarische Deutsche Tageszeitung gemünzt zu sein, denn kaum ein anderes bürgerliches Blatt läßt bei der Behandlung der Steuerfrage den Raden-Egoismus so in die Erscheinung treten, als gerade das Bündlerblatt. Die gesamte bürgerliche Presse hat von allem Anfang an nicht daran gedacht, die Steuervorlagen etwa vom nationalen Standpunkte aus zu betrachten. Jedes dieser Blätter dient irgend einer Interessentengruppe. Und die „Hüter der Menschheit Würde“ haben einfach die Interessen dieser Gruppe zu vertreten. Wenn der Selbstzweck in Frage kommt, dann müssen nicht allein ethische Motive, sondern auch vaterländische Gefühle in der Vertretung verschwinden. Der Streit um die Steuervorlagen zeigt unsere deutsche Vergessenheit in ihrer ganzen, bisher unterzeichneten Schablonenhaftigkeit.

In den bayerischen Gemeindevahlen. Aus Bayern wird uns gemeldet: Der Wahlkampf wird diesmal besonders lebhaft in Nürnberg werden, da alle Parteien schon seit langer Zeit im stillen tätig sind, um eine möglichst große Anzahl ihrer Anhänger zum Erwerb des Wahlrechtes zu veranlassen. Seit den Wahlen von 1905 ist die Zahl der Wahlberechtigten von 16.365 auf ca. 20.000, also um mehr als 3000 gestiegen. Die Mehrzahl beträgt allein soviel, als das bürgerliche Vorkriegsrecht überhand genommen hätte. Schon daraus geht hervor, welches Interesse diesen Wahlen entgegengebracht wird. Der Wahltermin wurde auf Montag, den 21. November festgesetzt. Ein Antrag des sozialdemokratischen Vereins, die Wahl an einem Sonntag vorzunehmen, wurde abgelehnt unter Berufung auf eine Ministerialverordnung vom Jahre 1869, wonach Wahlen nicht auf Sonn- und Feiertage festzusetzen seien. Die Regierung denkt aber jedenfalls selbst nicht mehr an diese alte Verordnung, da sie schon wiederholt bei Nachwahlen zum Landtage als Wahltermin einen Sonntag bestimmt hat. Für den Nürnberger Magistrat ist jedenfalls die Ermöglichung maßgebend gewesen, daß durch die Sonntagwahl die Sozialdemokraten Vorteile haben könnten, wie auch bei der Ablehnung des weiteren Gesuches, die Wähler durch Postkarte von der Eintragung in die Wählerliste zu verständigen. Es wird ihm aber nicht viel helfen.

Reichsanwalt und Evangelischer Bund. In einem Vortragsprotokoll, den der nationalliberale Hannoversche Courier zur Generalversammlung des Evangelischen Bundes bringt, wird hervorgehoben, daß Herr Bölow zu einem maßgebenden Mitglied des Bundes gelangt habe: „Sorgt nur dafür, daß der Euer Bund mächtig wird, dann soll er schon berückichtigt werden.“

Sollte Herr Bölow nach einem neuen Kulturkampf vorzürten? Wer der maßgebende Führer des Evangelischen Bundes ist, darüber ist nicht zu erörtern. Der Führer des Evangelischen Bundes Dr. Everling ist bekanntlich im Reichstage und gerade in der nationalliberalen Fraktion an. In ihm dürfte wohl der maßgebende Träger des Reichsanwaltes zu erblicken sein. — „Sorgt nur, daß Euer Bund mächtig wird“ — das ist übrigens ein Wort, wert der Überzeugung auch durch die Arbeiter.

Streifen und Polizei. Das Organ des biden Dextel, die bündlerische Tageszeitung, weiß das Unternehmern ausdrücklich darauf hin, daß nach einem kürzlich erlassenen Urteil des Kammergerichts das Streifenpolieren verboten und bestraft werden kann. Das Blatt gibt der Polizei folgende Anweisung: „Es genügt zum Tatbestand der Uebertretung, daß der Beamte das Verbot des Streifenpolierens zur Erhaltung der Ordnung auf der Straße für notwendig hält; nicht erforderlich ist, daß die Ordnung tatsächlich schon bedroht gewesen sei.“

Die Polizei wird sich natürlich beeilen, sich die Anweisung einzuprägen, die Kammer-Dextel ihr erteilt. Wo wäre jemals eine reaktionäre Maßnahme erlassen worden, die nicht den Beifall des Junkerblattes gefunden hätte!

Verpflanzung der Volksschule in Württemberg. Bei der Beratung der Volksschulnovelle in der Kommission des württembergischen Landtages haben die Sozialdemokraten den Antrag gestellt, dem Religions-Unterricht aus dem Lehrplan der Volksschule zu entfernen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, selbst die Demokraten stimmten dagegen, so daß nur die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder für ihn eintreten. Um ihre Frömmigkeit etwas zu bewähren, wollten die Demokraten die Lehrer vom Erteilen des Religions-Unterrichtes befreit wissen. Auch dieser Antrag fand keine Gnade bei der Mehrheit der Kommission, so daß also auch in Zukunft der Einfluß der Geistlichkeit auf die Volksschulen in Württemberg gewahrt ist.

Asien.

Die Wahlbewegung in Ungarn. Zur innerpolitischen Situation verlaute, daß entgegen einigen Blättermeldungen die Vorankündigung zur Wahlreform noch nicht erteilt ist. — Die Polizei verbot die für gestern Abend einberufenen zwanfzig Arbeiterversammlungen gegen die Wahlvorlage der Regierung. Die sozialdemokratische Partei kündigte jedoch an, daß sie die Versammlungen trotzdem unter allen Umständen abhalten werde.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. Oktober.

Städtische Wohlfahrts-Polizei.

Ueber dieses für alle Städte bedeutende Thema referierte auf dem schon kurz besprochenen preussischen Städtetage in Adenauberg der frühere Breslauer Magistratsassessor, jetzige Stadtrat Dr. Gradewitz-Stettin. Er führte, wie uns mitgeteilt wird, folgendes aus:

Die Ortspolizei stand früher den Gemeindevorständen zu. Die Städteordnung von 1808 übertrug sie in staatlichem Auftrag dem Magistrat. Die Städteordnung von 1868 hat daran fest und wies die Polizei den Bürgermeistern zu. Der Bürgermeister übt die Polizei als ein staatliches Hoheitsrecht aus, nicht als ein Geschäft der Kommunalverwaltung. Von einer städtischen Polizei-Verwaltung kann man also nach preussischem Staatsrecht nicht nur in dem Sinne sprechen, daß sie durch städtische Beamte ausgeübt wird und die Stadt alle Kosten trägt, während sie bei staatlicher Polizeiverwaltung nur einen Teil der Kosten trägt. Der tatsächliche Wirkungsbereich der Gemeinde ist der Idee nach unbegrenzt, es müßte ihr daher auch die Ortspolizei zustehen. Der Staat teilt der Gemeinde auch die Tragung der Kosten für die Polizei und stützt insofern das Prinzip einer ausschließlich staatlichen Polizei nicht folgerichtig durch. Ein Beispiel dieser inkonsequenten Vergebung ist auch das Tummelgesetz, nach dem die Gemeinden für Schädigungen die einzelnen bei Aufrührer zugewiesen werden, haften. (Fall Biewald in Breslau, Neb. d. V.) Die Forderung der Uebertragung der gesamten Ortspolizei an die Gemeinden dürfte jedoch aussichtslos sein. Redner fordert daher nur Uebertragung des wichtigsten Teils der Polizei, der Wohlfahtspolizei.

Früher steuerte man Sicherheit- und Wohlfahrtspolizei einander gegenüber. Man verband unter Sicherheitspolizei die Tätigkeit der Einheiten der Sicherheit und Ordnung zu verbinden, unter Wohlfahrtspolizei die Fürsorge für die öffentliche Wohlfahrt. Die neue Theorie bezeichnet die frühere Wohlfahrtspolizei nicht mehr als Polizei, sondern als Pflege. Als Wohlfahrt bezeichnet man nur noch die Tätigkeit der inneren Verwaltung, die in der Form von Zwang auftritt. Diese Tätigkeit bezeichnet man aber richtiger mit dem Ausdruck „Verwaltungspolizei“. Den Gegensatz zur Verwaltungspolizei bildet die Sicherheitspolizei. Nur die polizeiliche Tätigkeit die die Rechtsordnung im allgemeinen, die Sicherheit des Lebens, der Freiheit und des Eigentums zu schützen hat, bedarf einer besonderen Organisation. Jeder anderen polizeilichen Tätigkeit ist nur gemeinsam, daß ihre Ausübung durch Zwang erfolgt. Bei den Verhandlungen des Herrschaftsbereiches wurde es von den Stadtvertretern wiederholt als ein Ehrenpunkt für die Gemeinden bezeichnet, die Ortspolizei selbst zu verwalten. Mit diesem idealen Gesichtspunkte hängen sehr reale zusammen. Der Bürgermeister als Polizeiverwalter wird prüfen, wie die polizeilichen Interessen sich mit den kommunalen vereinen lassen. Er wird zum Beispiel nicht die Pflasterung großer Straßenzüge fordern, wenn die Stadtgemeinde außerstande ist, diese Last zu tragen.

Von größter Bedeutung ist es ferner auf dem Gebiete der Wohlfahrtspolizei, daß die Gemeinde selbst die Polizei ausübt. Die Justiz, wie die Baugesuche prüft und genehmigt, muß ständig Fühlung mit der Stadtkommunalverwaltung haben und über alle Absichten betreffs der Stadterweiterung und sonstiger Veränderungen der Bebauung informiert sein. Nur eine solche Fühlung wird bei der Baugesuche prüfen können, ob es sich dem Stadtbilde harmonisch einfügt. Von beachtlichsten Straßendurchbrüchen und Erweiterungen hat die staatliche Polizeibehörde in der Regel keine Kenntnis und kann sie daher bei Prüfung des Baugesuches gar nicht berücksichtigen. Die Tätigkeit einer gutgeleiteten Polizeiverwaltung ist ferner nicht allein darin zu erblicken, begründete Anträge zu genehmigen und mangelhafte abzulehnen. Sie soll vielmehr dem hiesigen Publikum als Berater zur Seite stehen und das Gesamtwohl fördern. Es wird viel über modernen Städtebau geschrieben und immer wieder auf die Gefahren und Stillschließung der heutigen Bauten hingewiesen; die Baupolizei ist aber die Instanz, die fortgesetzt bemüht sein muß, dieser Erkenntnis weiteren Schritten zu vermitteln. Bei Erlaß der Bauordnungen ist auch der Stadtverordneten-Versammlung ein Mitberatungsrecht einzuräumen. Gleiches gilt auf anderen Gebieten der Ortspolizei in Bezug auf Markthallen und Schulen. Die bürgerlichen Bemühungen der Städte, die Wohlfahrtspolizei im Verwaltungswege zu erhalten, waren nur in einigen Fällen von Erfolg. Die Stadt Berlin bemüht sich seit mehr als 60 Jahren vergeblich, die wichtigsten Zweige der Verwaltungspolizei in eigene Hand zu bekommen. Es wird hier nicht einmal die Verwaltung des Feuerlöschwesens übertragen. Die Hauptpolizei wurde der Stadt Berlin einmal angeboten, aber unter unannehmbaren Bedingungen. Ebenso erging es den Städten Potsdam, Nirsdorf und St. Johann. Hierzu kommt, daß in den ministeriellen Regulativen Bestimmungen enthalten sind, die über das gesetzliche Maß hinausgehen und daß einzelne wichtige Befugnisse der staatlichen Polizeiverwaltung vorbehalten werden und dadurch die Freudigkeit in der Handhabung der städtischen Polizei beeinträchtigen. Nur Breslau, Pöln, Schitten, Wachen und Ganau haben seit 1897 den wichtigsten Teil der Polizei, die Baupolizei erhalten. Die Neigung der Staatsverwaltung zur Uebertragung von Polizeizweigen an Stadtgemeinden ist insofern keine große. Underechts haben nicht allzuviel Gemeinden Anträge gestellt. Der Hauptgrund für die Zurückhaltung der Städte ist die Widerständigkeit der Uebertragung. Die Gemeinden müssen einen großen Beamtenapparat schaffen und können erwarten, daß ihnen die übertragene Funktion wieder entzogen wird während sie gebungen sind, ihre Beamten auf Lebenszeit anzustellen. Von der Uebertragung im Verwaltungswege ist eine befriedigende Lösung nicht zu erwarten; es ist stets erneut zu fordern, daß sie im Wege der Gesetzgebung erfolge. Die staatliche Polizei muß sich auf die Sicherheitspolizei beschränken, auf denen sie eine fliegende Tätigkeit ausüben. Die Uebertragung der Wohlfahrtspolizei muß an den Magistrat, nicht an die Polizeibehörde, erfolgen. Jedes Magistratsmitglied muß die Polizeigewalt auf dem Gebiete ausüben, das ihm sonst untersteht. Mit der Uebertragung an den Magistrat fällt natürlich auch die bisherige Unterordnung des Bürgermeisters unter die polizeiliche Behörde und es tritt der der Selbstverwaltung ein.

...wird die Subordination durch die Auf-
sicht ersetzt. Wenn die Übertragung der Polizei auf die
Magistrate als Gemeindegewalt erfolgt, muß die Gemeindegewalt
auch die Kosten dafür tragen. Sie wird dann die Kosten für
die es jetzt an einem ausreichenden Grunde fehlt, rechtmäßig
tragen und für ihre Ausgaben auf diesem Gebiet reichen Erlös
finden. (Schöpfer's Brief.)

*** Die Sorge um die Arbeitergroßen. Die
„Konservative Korrespondenz“** brachte am 2. Oktober 1908
den folgenden, gegen die Sozialdemokratie gerichteten
Schmäharthel:

„Seit einigen Jahren besteht eine Unterstützungs-
vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen
Angestellten. Aus der Abrechnung vom 2. Vierteljahr 1908
läßt man erkennen, wie groß die Zahl der sozialdemokratischen
Partei- und Gewerkschaftsangehörigen sein muß; denn nicht weniger als 5950 Mitglieder haben Beiträge
geleistet. Da nicht alle sozialdemokratischen Beamten — von den
Krankenträgerinnen ganz abgesehen — der Vereinigung ange-
hören, muß man annehmen, daß deren Zahl sich auf weit über
3000 Köpfe beläuft. Das ist ein zahlreiches Heer, das von den
„Arbeitergroßen“ bezahlt werden muß, und das in vollkommener
Abhängigkeit vom Parteivorstande steht. Die Geschlossenheit der Sozialdemokratie und die feste Stellung
der Parteileitung haben in dieser abhängigen Existenz
den besten Stützen. In ihrem eigenen materiellen Interesse
legt es, wenn die Angehörigen für die Ausbreitung der sozial-
demokratischen Ideen sorgen, und wenn sie alle Mittel anwen-
den, um die Partei geschlossen zu erhalten. Diese Beamten und
die gleichfalls von der Parteileitung abhängigen Kassierinnen und
Kassierer stellen auch die „zuverlässigsten“ Delegierten zu den Par-
teitagungen. Stets kann man erwarten, daß die „Millionen-An-
hängerschaft“ in der sozialdemokratischen Partei nichts zu
sagen, aber sehr viel zu zahlen hat. Die Mittel-
glieder der oben erwähnten Vereinigung zahlen viertel-
jährlich 3 Mark. Im 2. Quartal des laufen-
den Jahres sind über 35.000 Mark zusammengekommen; das
ist jährlich über 140.000 Mark. Der größte Teil der
Quartalsentnahmen — nämlich über 29.500 Mark — ist „auf
der Bank“ angelegt; es befindet sich dort bereits ein der Ver-
einigung gehörendes Kapital von über 400.000 Mark. Es ist
bemerkenswert, wie finanziell leistungsfähig die
Angehörigen der „Proletarierpartei“ erwiesen. Dabei müssen
sie Tag für Tag darlegen, wie die Arbeiter haben,
ja hungern müssen, und wie der verrückte Klassenhaß trotzdem
noch Millionen und aber Millionen aus ihnen herauszupressen
versucht. Es muß doch gar kein schlechtes Geschäft
sein, das diese sozialdemokratischen Angestellten betreiben.“

Daß von „Konservativer Seite“ her derartige „Ställe“
kommen, ist selbstverständlich; es ist der vornehmste Beruf
der reichsten abgestempelten Organe, so verständnislos wie
eben möglich die Arbeiterschaft und ihre Vertretung zu
verleumden. Beachtung verdient es aber noch, daß die
„Vossische Zeitung“ in Nr. 468, sowie eine ganze Anzahl
anderer liberaler Blätter unbeschene eine aus trübster Kon-
servativer Quelle stammende Schmäherung verbreiten, an der
nicht mehr wie alles erfolgt ist. Denn erstens zählt die
Unterstützungsvereinigung keine 5950, sondern nur unge-
fähr 2000 Mitglieder. Zweitens sind die Mittelungen
über den von den Mitgliedern zu zahlenden Beitrag falsch,
und drittens ist es der Gipfel der Unerblichkeit, davon zu
sagen, daß die Unterstützungsvereinigung eine Organisation
sei, um die Partei- und Gewerkschaftsbeamten in „billiger
Abhängigkeit vom Parteivorstand zu erhalten.“ Es ge-
hört der Vereinigung unterschiedslos „Militäre“ wie „Me-
dizinalisten“ unter den Redakteuren, Expedienten und Ge-
werkschaftsangehörigen an; und der sozialdemokratische
Parteiivorstand hat nicht den geringsten Einfluß auf diese
Organisation. Was nun noch die bloße Anspielung auf die
„hohen Gehälter“ betrifft, so sei daran erinnert, daß selbst
ein konservativer Abgeordneter, Richard Nordhagen, am
22. November 1907 im „Tag“ den Wortsinn von der Ver-
leumdung der Arbeitergroßen an die prassenden Partei-
und Gewerkschaftsangehörigen mit den denkbar schärfsten
Worten zurückwies, und daß ein heutiges Mitglied des
Bunds, Pfarrer Raumann, Ende August 1904 in der „Silber-
Glocke“, daß der Posten eines Angestellten in der modernen
Arbeiterbewegung wahrhaftig keine Domherrnstellung sei.
Uebelwollende Spekulation auf die Kleinlichkeit kleiner
„Beute“ nannte dieser freisinnige Reichstagsabgeordnete da-
mals das Gerücht von solchen Gehältern der Partei-
und Gewerkschaftsbeamten. Uns soll unter diesen Umständen
oerlangen, ob nicht etwa noch die freisinnigen Ge-
werkschaftsvereinsangehörigen es für ange-
bracht halten, der moralischen Verlotterung der Freisinn-
presse vom Schlage der „Vossischen Zeitung“ entgegenzu-
treten.

*** Nächsten Montag, Abends 8 Uhr, findet der
Zahlabend für alle Mitglieder des Sozialdemokratischen
Vereins Breslau in den Bezirkslokale statt. Diese all-
monatliche Zusammenkunft der Mitglieder dient in erster
Reihe der gegenseitigen Aufklärung und Fortbildung der
Genossen und Genossinnen. Es ist deshalb zu erwarten, daß
sich auch diesmal der Zahlabend eines guten Besuches er-
freut und zwar um so mehr, als die Stadtverordnetenwahlen
uns alle zum energischen Kampfe aufrufen.**

*** Keine Volksvorstellung am 18. Oktober!**
Aus theatertechnischen Gründen kann die nächste Volks-
Vorstellung des Sozialdemokratischen Vereins nicht am 18.,
sondern erst am 25. Oktober stattfinden. Zur Aufführung
gelangt dann Schaferspaars lustig-lehrreiche Komödie: „Der
Kaufmann von Venedig“. Billets sind in 8 Tagen
zu haben.

*** Metallarbeiterverband. Sonntag, den 11. Oktober er.
Vormittags 11 Uhr, findet im Zimmer Nr. 2 des Gewerkschafts-
hauses für alle in der Metall-Industrie beschäftigten
Kollegen und Kollegen eine Branchenerversammlung
statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Der volkswirtschaftliche
Wert der Verkürzung der Arbeitszeit. 2. Verfassungsangelegenheiten.**

*** Achtung, Mobilistischer! Am Sonntag, den 10. Ok-
tober, findet unsere Sektionsversammlung im Gewerkschaftshaus,
Zimmer 3 u. 4 statt, in der Kollege Hundt referieren wird.**

*** Hochverrat! Auf der Bismarck-Umkleidekabine
befindet sich ein Oberleutnant, dem die Schleife der Dampferkompanie
Rohruder zum Transport nach Stettin übergeben hatte. Der Schiff-
signaler und dessen Bruder, der als Bootsmann Dienst tut, benach-
tigten ihre Verwandten in der Stadt, daß sie sich von dieser Ladung
Rohruder holen könnten, und so erlaubten am 7. d. M. Abends ein
Düfel, eine Lanze und eine Kohlenlade des Schiffes mit noch
zwei anderen Mannspersonen mit einem Handwagen an dem
Oberleutnant und packten sich vier Säcke voll Rohruder auf. Der
Vahnschiffbeamte von Bismarck, der die Pantierung der Lanze bemerkt
habe, schöpfe Verdacht, hielt sie mit Hilfe anderer Dampferpersonalen
ist nun benachrichtigte die Zollbehörde, welche den entwendeten Roh-
der in Beschlag nahm. Die Zollabfertigung des Oberleutnants ist bis auf**

weiteres verschoben und gegen den Schiffsignaler, dessen Bruder und
Verwandte des Straßensprengens anhängig gemacht.

*** Straßenspreng. Am 7. d. M. wurde einer Schülerin von
der Antonienstraße, als sie mit der gestrichelten Marktlampe von Ein-
käufen heimkehrte, auf dem Karlsplatz die Marktlampe durch eine un-
bekannte Frauenerperson entziffen, die damit schnell hinter der nächsten
Straßenwand verschwand.**

*** 30 Mark Belohnung hat eine auf dem Münchener Hof-
Dampfbahn eine Wiedererlangung eines einzelnen Ohrringes ande-
recht, der eines alarischen Brillanten trug und ihr in den letzten Tagen
gestohlen worden ist. Meldungen werden nach Zimmer 62 des
Polizeipräsidiums erbeten.**

Neueste Nachrichten.

Krieg auf dem Balkan?

Türkische Mobilisierung.

Paris, 9. Oktober. (S. L.-B.) Aus Konstantinopel wird
gemeldet, daß mit Pascha hat den Forderungen der Militär-
partei nachgegeben und dem Sultan eine Trabe unterbreitet, be-
treffend die Mobilisierung des 1. Armeekorps in Konstantinopel,
des 2. Armeekorps in Adrianopel und des 3. Armeekorps in Saloniki.
Die Trabe wird demnächst veröffentlicht werden. Diese Mobilisierung
soll nur defensive Zwecke verfolgen.

Serbische Mobilisierung.

Wien, 8. Oktober. (S. L.) Die Belgrader Garnison ist
mit klarer Munition versehen worden. Die serbischen Militär-
führer an, daß sofort die bewaffnete Insurrektion in Bosnien be-
ginnen und durch Bombenattentate gefördert werden solle. König
Peter ist ebenfalls mit dem Kronprinzen von den Mandren bei Sopot
zurückgekehrt und mit Begeisterung in Belgrad empfangen worden
unter Zurufen: „Hör uns in den Krieg!“ Tuluca (?) von
jungen Leuten werden sich als Freiwillige gegen Oesterreich. Es haben sich
bereits Freiwilligenkorps gebildet. Das Kabinett Belimirovitch hat
dem König seine Demission überreicht und ihm angetragen, ein
Kabinett aus allen Parteien zu bilden.

Cetinje (Montenegro), 8. Oktober. Ein fürstlicher Ulaß ver-
fügt die Einberufung der Stupschina zu einer außerordent-
lichen Session für nächsten Montag.

Bombay, 8. Oktober. Dem Vertreter der „Daily Mail“ in
Dakara gegenüber äußerte sich der rumänische Minister des Auswärtigen
dabin, daß er einen Krieg zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn
nicht für ausgemacht halte. Das Schicksal Serbiens sei
durch das letzte Vorgehen Oesterreichs befestigt worden, und die
Serben ständen nur vor der Wahl, entweder wie Serben auf dem
Schlachtfeld oder wie Rüsse in einer Falle zu sterben. Der
britische Vertreter in Serbien ist übrigens nach einer anderen Mit-
teilung angewiesen worden, der dortigen Regierung aus Verz zu
legen, daß Serben unbedingt den Frieden erhalten müsse.

Konstantinopel, 8. Oktober. Ein in den Bosporus ein-
laufendes bulgarisches Schiff, das die Königsflagge
geführt hatte, wurde von der Bosporusfestung durch 2 Kanonen-
schüsse zur Umkehr gezwungen.

Serbische Demonstrationen.

Belgrad, 9. Oktober. (S. L.-B.) Die erwartete Rekon-
struktion des Kabinetts ist bis zum Zusammenritt der Stupschina
verschoben worden. Der Stupschina bleibt die Auf-
gabe überlassen, über Krieg und Frieden zu ent-
scheiden. Gestern kam es hier zu demonstrativen Kundgebungen.
Eine Menschenmenge, hauptsächlich Studenten, zog vor die Wohnung
des Ministers des Auswärtigen. Nach vielen Rufen erschien Milana-
vitch auf dem Balkon und sagte, die Regierung habe den
Willen des Volkes gehört und werde nun tun, was ihm
als serbische Regierung zufalle. Zwischen Polizei und Demonstranten
entstand eine Schlägerei, wobei mehrere Personen verwundet
wurden.

Wirtwart im Ebn.

Konstantinopel, 9. Oktober. (S. L.-B.) Die Stellung des
leitenden Komitees in Saloniki, dem vier Zivilisten und
zwei Militärs angehören, wird dadurch gekennzeichnet, daß sein
letztler Aufenthalt vollständig geheim gehalten wird. Der hier be-
kannt gewordene Anschlag Petras an Griechenland hat viel
Aufsehen erregt. Man befürchtet, daß nunmehr auch der Abfall
Samos zur Tatsache wird. Von der russisch-keimastatischen Grenze
werden russische Truppenbewegungen gemeldet.

Konstantinopel, 9. Oktober. (S. L.-B.) Die Polizei ver-
harrte von den reaktionären Demonstrationen, die gestern vor den
Pforten zogen, 40 Sofas. Wegen der Ansprache, die der Sultan
an die Demonstranten vom Balkon aus gehalten hat, sind ihm von
der Pforte erste Vorbildungen gemacht worden.

Konstantinopel, 9. Oktober. (S. L.-B.) Ueber das Ver-
halten des Saloniker Zentralkomitees verlautet, daß Mitglieder des
hiesigen Komitees nach Saloniki berufen worden und von
dort mit unbekanntem Ziele abgereist sind. Die Regierung hat
ihre Absichten auf einen Krieg aufgegeben und wird nur für den
Fall, daß Bulgarien den Krieg beginnt, kämpfen.

Bulgarien.

Sofia, 8. Oktober. Die Zahlung der gestern fälligen, an die
Deite Publique zu entrichtenden Septemberrate des Tribunes
für Ostrumelien wurde auf Verfügung des Finanzministers
istiert.

Bei vier gestern verhafteten Personen, die einen Anschlag
gegen das Pulverdepot bei Sochar versucht hatten,
wurde Dynamit gefunden. Drei der Verhafteten gestanden, daß sie
das Depot in die Luft zu sprengen beabsichtigten und daß sie
noch andere Attentate geplant hätten. Ferner gaben sie zu,
daß sie mit serbischen offiziellen Verbindlichkeiten Beziehungen unter-
halten hätten.

Paris, 9. Oktober. (S. L.-B.) Der bulgarische Geschäft-
sträger Siancoff erklärte in einer Unterredung, daß die Teilnahme
Bulgariens an einer einseitigen Konferenz der europäischen Mächte
unerlässlich sei, daß im übrigen die Handlung der Regierung
durch den Willen des Volkes notwendig geworden sei.
Bulgarien werde alles tun, um den Frieden zu erhalten.

Eine Neuherung Frankreichs.

Paris, 9. Oktober. (S. L.-B.) Minister Pichon erklärte
einem Redakteur des „Welt Parthen“, daß die Idee einer in-
ternationalen Konferenz keineswegs aufgegeben sei.
Es ist jedoch möglich, daß vorher das Programm der Konferenz
genannt wird. Es ist natürlich, daß in dieser Hinsicht bisher
kein Beschluß gefaßt wurde, solange Zscholisch nicht in London
gekommen sei. Man erwartet keine anderen Komplikationen, als
höchstens diejenigen, die durch die anti-österreichischen Kund-
gebungen in Serbien und den Ehrgel's Bulgariens
herbeigeführt werden könnten. Es besteht in dieser Hinsicht
ernste Gefahren. Diese zu beseitigen, sei Aufgabe der Mächte.
Frankreich würde in dieser Hinsicht in Belgrad und Sofia
auf die Mächte ein. England und die übrigen Regierungen er-
halten gleichfalls in diesem Sinne. Man habe nur einen Zweck,
den Frieden zu erhalten, aber einen Frieden, der auf dem
Rechte beruhe. Die Türkei besitze die Sympathien von ganz
Europa. Frankreich würde ihr seinen Schutz nach wie vor an-
gedeihen lassen.

Paris, 9. Oktober. (S. L.-B.) Die Einladung zur in-
nationalen Balkankonferenz dürfte am Sonntag oder Montag vor-

gelegt werden. Von Russland ist in dieser Frage noch keine An-
einsetzung.

Budapest, 9. Oktober. (S. L.-B.) Interessant ist, daß
Julius Andrássy gegen die Konvention Bosniens und der
Herzegovina ausgesprochen hat. Andrássy ist schon als gefallener, wenn
das Kabinett sich nicht mit ihm solidarisch erklärt. Bezüglich
des Erbteils verlautet: Die Garole heißt: Wir lassen uns weder ein-
schleichen noch provozieren.

Paris, 9. Oktober. (S. L.-B.) „Elyse de Paris“ meldet aus
Konstantinopel: Geschäftliche Verträge, daß Italien die Befreiung
von Tripolis vorbereite.

Paris, 9. Oktober. (S. L.-B.) Seit Parisien zufolge hält
Pichon eine längere Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger
Baron v. Kanke über die Verhandlungen, die augenblicklich im Gange
sind. Der Minister wies darauf hin, daß Frankreich im Orient
ausschließlich friedliche Bestrebungen verfolgt, daß keine seiner Schritte
Verletzungen unter den Mächten hervorgerufen hätte. Deutschland
werde zweifellos um so leichter der Projekte einer Konferenz zu-
stimmen können, als es mit Oesterreich ja verhandelt ist.

Der Hochschulfreit in Russland.

Der Studentenstreik in Russland droht allgemein zu werden.
In Petersburg sind sämtliche Hochschulen ge-
schlossen, in Moskau die Universität und das Polytechni-
um. Auch in Dorpat wurden an Polytechnikum und an der
Universität die Vorlesungen eingestellt.

Im Regierungsangelegenheiten eine Belanmischung hat
Regierung aus Anlaß der Streikerkündigungen an den Hochschulen,
welche die Umstände des Streiks ausführlich schildert und fol-
gende Beschlüsse des Ministerrats aufzählt: 1. die Professoren
der streikenden Hochschulen aufzufordern, die Vorlesungen fort-
zusetzen; 2. falls letzteres möglich verhindert werden sollte, die
Universitätsräte der betreffenden Hochschulen aufzufordern, alle
eigenen Maßnahmen zur Wiederaufnahme der Vorlesungen anzu-
wenden; 3. im Falle die eigenen Maßnahmen erfolglos bleiben
sollten, die Universitätsräte aufzufordern, sich an die Zivil-Be-
hörden zu wenden; 4. den Stadthauptmann von Petersburg und
alle höchsten Oberstellen der Universitätsstädte aufzufordern,
letzte vollzetteligen Maßnahmen gegen die streik-
enden Studenten zu ergreifen, solange die Streiks nicht in Ge-
walttaten ausarten, im Falle von Willkür aber sofort gesetz-
liche Gegenmittel anzuwenden.

Wahlrechtskampf mit Blutvergießen.

Budapest, 9. Oktober. (S. L.-B.) Gestern kam es hier zu
großen Wahlrechts-Demonstrationen. Zwischen So-
zialisten und Polizisten kam es zu einem Straßenkampf. Vier-
zehn Sozialisten wurden schwer verletzt, meh-
rere Polizisten durch die Regeln der Arbeiter
getroffen.

Grubenunglück.

Duisburg, 9. Oktober. (S. L.-B.) Auf der Zeche Duischer
Kaiser wurden durch Abstürzen des Förderkorbes drei Bergleute
hoffnungslos verletzt.

Mailand, 9. Oktober. (S. L.-B.) Gestern früh ist auf der
Strecke Cremona-Mantua bei der Station Paderna ein Personenzug
entgleist. Lokomotive, Tender und Gepäckwagen stürzten um. Zwei
Bauarbeiter und vier italienische Reisende wurden lebensgefährlich
verletzt.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Abteilungs-Bund. Versammlung Abends 8 1/2 Uhr im Zimmer 3.

Sonabend, den 10. Oktober:

Mobilistischer. Monatsversammlung Zimmer 3 und 4.

Handschuhmacher. Versammlung Abends 8 1/2 Uhr im Zimmer 2

und Abrechnung sämtlicher Kassen. Die arbeitslosen Kol-
legen werden dringend ersucht, ihre Bücher in Ordnung zu bringen.

Rimmerer. Jeden Sonnabend: Zahlabend im Zimmer 1.

Buchbinder. Mitgliederversammlung Zimmer 3.

Sonntag, den 11. Oktober:

Freie Sänger-Vereinigung „Vorwärts“. Von 4 Uhr an

Sitzungsfeier mit Gesang und theatralischen Vorträgen im

großen Saale.

Mittwoch, den 14. Oktober:

Verband der Töpfer. Mitglieder-Versammlung im großen

Saale.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

„Vollmacht“-Agitation!

Sonntag, den 11. d. M. findet vom „Roten Löwen“

Kupferschmiedestraße Nr. 21, aus, eine Agitation für

die „Vollmacht“ statt. Wir bitten um rege Teilnahme und pünk-
tliches Erscheinen.

Die Wahlhelfer,

welche noch im Besitz von Hauskarten sind, werden ersucht, diese um-

gehend dem Distriktsführer oder im Partei-Sekretariat, Neue Graupen-

straße 5, 2. Etage, abzuliefern.

Distrikt 13.

Montag, den 12. Oktober, Fürstenstraße 9, Zahlabend. Um

recht zahlreiches Erscheinen eruchen.

Die Bezirks- und die Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-

Remmert.

Distrikt 3. (Bezirk Maria-Götschen, Schmiedefeld,

Klein-Machberg.) Sonntag, den 11. Oktober, Vormittags

10-12 Uhr: Zahltag bei Porstich in Schmiedefeld.

Distrikt 5. (Bezirk 3. Groß-Machberg.) Sonntag, den

11. Oktober, Vormittags 9 Uhr: Zahltag in Oberan-

Distrikt 11. (Bezirk Deutsch-Biffa.) Sonntag,

den 11. Oktober, Vormittags um 11 Uhr: Zusammenkunft im be-

kannten Lokale.

Distrikt 12. (Höpelwitz.) Montag, den 12. Oktober,

Abends 8 Uhr bei Frick. Berichtserstattung von Parteilos. Re-

ferent: Schütz. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Sundfeld. Sozialdemokratischer Verein. Sonabend,

den 10. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im

bekanntem Lokale.

Ohlau. Wahlverein. Die Bezirksführer sowie die Unter-

führer werden ersucht, mit dem Kassierer bis 11. Oktober

abzurechnen, behufs eines pünktlichen Abschusses.

Ohlau. Maurer. Sonntag, den 11. Oktober, Nach-

mittags 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Arbeiterkino-

Tagungsraum wird in der Versammlung bekannt gegeben. Mit-

gliedsbücher sind mitzubringen.

Ohlau. Fabrikarbeiter. Sonntag, den 11. Oktober,

Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Arbeiter-

Kasino.

Ohlau. Bauhilfs- und Erbarbeiter. Sonntag, den

11. Oktober, Nachmittags 8 Uhr: Mitglieder-Ver-

sammlung.

Brieg. Wahlverein. Mittwoch, den 14. Oktober,

Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal bei

Soffmann. Mitteilungsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Verantwortliche Redaktionen: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue
Graupenstr. 5. — Verlag von Carl Schöke. — Druck von F. Schöke
S. u. K. H. — Druck in Breslau. — Seite 1 Seite 2

Am 7. d. Mts. verschied nach langen, schweren Leiden mein lieber, guter Mann, treusorgender Vater, Schwieger- und Grossvater, der Lackierer **4801**
Gustav Kuhnert
 im Alter von 54 Jahren.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung: Sonnabend, nachm. 4 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Mariannenstr. 11, nach Cosel.

Am 7. d. Mts. verschied unser Kollege, der Lackierer **4799**
Gustav Kuhnert
 im Alter von 54 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Verband der Maler, Lackierer u. Anstreicher
Filiale Breslau.
 Beerdigung: Sonnabend, nachm. 4 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Mariannenstrasse 11, nach Cosel.

Stadt-Theater.
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
Fest-Vorstellung
 anlässlich der Tagung des Bundes Deutscher Franzosenvereine.
 „Fidelio“.
 Sonnabend, 7 Uhr:
 „Die Weisheitsfinger von Nürnberg“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Die Rabensteinerin“.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 „Ziefand“.

Lobe-Theater.
 Freitag, 8 Uhr:
 „Der fidele Bauer“.
 Sonnabend, 8 Uhr:
 Zum 1. Male:
 „Wolfenfrager“.
 Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
 „Der Kattelbinder“.
 Abends 8 Uhr, zum 2. Male:
 „Wolfenfrager“.

Thalia-Theater.
 Freitag, 7 1/2 Uhr:
 Humboldt-Verein: (Abendm. Vorstellung)
 „Simon“.
 Sonntag, 7 1/2 Uhr:
 „Die lustige Witwe“.
 Willkürfest: Sonnabend von 10—2 Uhr im Thalia-Theater.

Schauspielhaus
 Freitag, 8 Uhr:
 „Gasparone“.
 Sonnabend, 8 Uhr:
 Zum 1. Male:
 „Die Macht der Finsternis“.

Liebig's Etablissement.
 25. 1. Oktober:
12 Debuts.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Victoria-Theater
 Gastspiel:
Blatzheim.
 Ferner:
5 neue Attraktionen. 5
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Eins wechsentags gültig.

Zeltgarten.
 Str. H. Krusnik.
Vollständig neue Spezialitäten.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Palmengarten.
 Str. H. Krusnik.
Oktoberfest
 a la München, unter Leitung des
 Festwirt P. Knorr.
2 Kapellen.
 Entree frei!

Arbeiter-Garderobe. **4650**
 Walkjacken, Strickwesten, Maschinisten-Anzüge, Jacken und Hosen billigst bei
Wilhelm Knappe
 Nur Kupferschmiedestr. 17.

Goldener Stern
 Altwaasser.
 Sonnabend, d. 10. Oktober: **4795**
Kirmes-Abendbrot
 mit musikalischer Unterhaltung.
 8 Pf. Reformbier 8 Pf.

Geld Book, Trebnitzer, Strasse 5.

Hosennäherin
 u. j. Seidlichstr. 11, Anauer, hochpt.

Für 1463
Zigarrenmacher!!
 Alle Rohstoffe zur Zigarrenfabrikation empfohlen in grösster Auswahl und zu billigsten Preisen
Carl Rother & Rode
 Breslau I, Hummerstr. 26.

Gummiwaren
Spülspritzen
 empfiehlt und versendet
A. Kindler,
 Breslau, Junkerstr. 35.

Das älteste, fachmännisch geleitete **Gut-Geschäft** vor dem Nikolaitor ist das vom

Hut-Banke
 Inh.: Joh. Tessmer
 Friedrich-Wilhelmstr. 23.

Hüte, nur gute, reelle Qualitäten, für Herren und Knaben. Mützen, Stöcke, Schirme zu billigen Preisen. Ausnahme sämtl. Gut-Reparatur.

Eine jede Klinge gebraucht nur **Mutter Spül-Spritzen** D. R. G. M. 44, 6. 8, 10, 12 M. a. d. Alleinverk. W. Schlegel Breslau I, Nikolaistr. 21. Verletzt, ausgeschl., sicher d. Beste. Zahlr. Anerk. Bedien. f. Damen sep. l. Et. Hauseing. Diskr. Versand. Nachm.

Ordentliche Leute
 erhalten Manufakturwaren, wie Hemden, Schürzen, Kleiderstoffe, West-Jacken etc. auf Kredit, event. ohne Anzahlung.
 Berwerfstr. 9, l. **4939**

Albert Barth
 Gräbschenerstr. 12, Adalbertstr. 2.
 Billigste Feinschneiderei für **Hüte und Mützen, Filzhüte.**
 Sitzend recit. **4556**

Achtung! **4789**
Arbeiter-Radfahrerverein
 Breslau.
 Die Tour für **Sonntag, den 11. Okt.**, nachmittags 3 Uhr, vom Laurentienplatz nach Klettenberg, wird nicht gefahren aus dringenden Gründen. Dafür ist eine Tour nach Leuthen bei Leuthen - Pissa angelegt worden.
 Abfahrt nachmittags 2 Uhr vom Striegauer Platz.
 NB. Es werden die Sportgenossen dringend gewarnt, nicht mehr ohne Laternen zur Ausfahrt oder in die Nacht zu fahren; die hiesige Polizei achtet nunmehr sehr streng darauf, dass jeder Radfahrer eine hellleuchtende Laterne, wie auch eine gute Pumpe am Rade hat. Papierballons sind ebenfalls strafbar.
 Da nun die Reichs-Radfahrer-Verordnung vom 1. Januar 1908 nunmehr streng durchgeführt werden soll, sei hiermit jeder Radfahrer nochmals gewarnt.
Der Vorstand.

Der Fleischverkauf **4791**
Altmann, Ring
 befindet sich auch Markthalle, Gartenstr.
Stand 15 u. 16.
 Grösste Auswahl sämtl. Fleischwaren.

Möbel! Möbel!
 Jeder Art, event. Teilzahlung, bei **4794**
H. Gerstel, gerichit. bereit. Sadgerüst. Cade.
Messergasse 26, Cade.

3000 Weckuhren, billig erworben, solange Vorrat reicht **Stück 1.25** und 1.70 Mk. schriftliche Garantie. **Günstige Gelegenheit für Wiederverkäufer.**
P. Alter
 Uhrmacher, **4774**
 Kupferschmiedestrasse 10.

Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.
 Sonnabend, den 10. Oktober, abends 8 Uhr:
Öffentlicher Vortrag
 im Saale des „Deutschen Kronprinz“, Kurzegeasse 50.
 Fräulein **Wilhelmine Mohr:** **4678**
 „Ueber Erziehung in geschlechtlichen Dingen“.
 Nur für Frauen! Eintritt frei! Der Vorstand.

Original-Phönix-Nähmaschinen
 für Gewerbe- u. Hausbedarf sind die besten der Gegenwart, zum Kaufsüden besonders geeignet. — Außerdem empfehlen wir alle anderen Systeme, auch in Spezialmaschinen.
Jul. Dressler & Co.
 Breslau, Ring 6.
 Anwärter franco Bahnstation. **4613**
 Grösste Reparatur-Werkstatt für alle Systeme.

Die Gleichheit (Frauenzeitung.)
 Alle 14 Tage erscheinend, Best 10 Pfennig.

Reell! Gut! Billig!
 kaufen Sie **Regulatoren, Freischwinger, Taschenuhren, Ketten, Ringe, Broschen, Ohringe etc.** Garantie für richtigen Gang der Uhren. Jeder Gold- und Silbergegenstand trägt den Münzstempel.
 Enorme Auswahl. Reparaturen prompt.
Arnhold Rosenthal, Uhrmacher, Neue Schwelbnitzerstr. 5. **4427**

In großer Auswahl zu billigen Preisen offeriert
Beinkleider von **2.10** an
Knab.-Anzüge von **2.75** an
Kompl. Anzüge von **10.00** an
Zoppen alle Arten von **5.50** an
Paletots in d. neuert. **12.00** an
Ernst Fiebig, **4788**
 118 Matthiasstrasse 118.
 Arbeitergardebe für sämtliche Berufe.

Sehr preiswert kaufen Sie **Zigaretten**
 3 Stück 10 Pfg. und Stück 5 Pfg. bis zu den letzten Marken.
Zigaretten
 Rauch-, Fein- und Schupf-Zakale.
B. W. Steinberg Nachf.
 Friedrich-Wilhelmstrasse 16/18, Eckhaus Schwelbnitz.

Illustrierter Neue Welt-Kalender 1909
 33. Jahrgang
 Inhalts-Verzeichnis
 Kalenderium - Wohnleben - Beachtenswerte Adressen - Statistisches - Rückblick - Reisen und Märkte - Im Kreislauf des Jahres - Landarbeiter und Sozialdemokratie - Von Germania Land - Illustrationen - Das dunkle Tal. Gedicht von Erik Freytag - Ein Bild hinter den Vorhang. Von A. Edelmann - Stimmen der Welt. Gedichte von Leon Gold und Leo Heller - Eine der Paradies der sozialdemokratischen Frauenagitation. Von Dittie Waaber - Gedicht. Gedächtnis von H. W. von Dehnen (mit Illustrat.) - Lebhafte Lustschiffe und Flugmaschinen. Von A. G. (mit Illustrationen) - Erinnerungen aus Paris. Von Fr. J. Ehrhart - Gedicht. Gedicht von Clara Bohm-Schuch - Die Abstammungstheorie und ihre Bedeutung für den Arbeiter. Von M. G. Baage (mit Illustrationen) - Bahnfragen der Erziehung. Von Gertrude Hübsch - Tragödie. Gedicht von Ludwig Reiffen - Parodie. Von Dr. Heiter Kaufmannberg - Illustrationen - Hinter die Bilder. Der grösste Künstler. Gemälde von Emil Hofmann (mit Illustrationen) - Das brausende Dreikönigswahl-Unrecht. Von Paul Strich - Das Brauen. Gedicht von Anna Schoppe - In fernem Toten (mit Porträt) - Memento mori. Gedicht von Robert Seidel - Fliegende Blätter - Der Ausländer - Für unsere Mäntelbiller - Hierzu vier Bilder: Arbeitspause. - Auf dem Bau. - Der Schmirer. - Wälscherrinnen. - Außerdem ein Herbarien-Druck auf seinem Kunstdruckpapier: Mittag. - Ein Wand-Kalender.
 Bei Einzelbezug bitten wir um Einbindung des Betrages nicht 10 Pfennig in deutschen Briefmarken für Porto.
 Zu beziehen durch die „Vollswad.“

Preis: 40 Pfennig
 Bei Einzelbezug bitten wir um Einbindung des Betrages nicht 10 Pfennig in deutschen Briefmarken für Porto.
 Zu beziehen durch die „Vollswad.“

Gewerkschaftshaus, Margareten-Str. 17. : :
 Sonnabend, den 10. Oktober 1908:
12. Stiftungsfest
 des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Breslau Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Spilwacht“ bestehend in **4974**
Tanz, rad sportlichen Aufführungen und einer Pantomime.
 Anfang 8 Uhr. **Gabe 11**
 Entree inkl. Tanz: Im Vorverkauf Herr u. Dame **60** Pf., an der Kasse **75** Pf.; einzelne Dame **80** Pf., an der Kasse **40** Pf.
 Programme sind beim Vorstand und den Abteilungsleitern zu haben.
 Die Bräubervereine sind hiermit freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

Amor-Säle, Pöpelwitzstr. 36.
 Morgen Sonnabend: **4992**
Weinlesefest
 vom Lotz-Ver. „Glückseligen“ mit Präsenz-Vorlesung (Gänge, Sühnen u. Enten). **Anfang 8 Uhr.**
Der Vorstand.

Bekanntgabe.
 Dem Sonntag, den 11. Oktober 08, abends um a 7c rüm
1. Große Schlächte Kermis
 ei am **4800**
 „Deutschen Kaiser“, Friedrich-Wilhelmstr. 35.
Der dramatische Verein „FAUST“
 von Groß-Drassfel tritt nämlich bei
1. Wintervergnügen feiern.
 Bullette kriegt a oam Ringe beim Verkehrs-Verein für 4 Viehm, denn a dar Koaffe mist r 2 Viehm mehr blechen.

Nur für Volkswacht-Abonnenten!
Herren-Hüte
 weich von **1.45** an,
 steif von **1.95** an.
Herren-Mützen von **35** Pf. an.
Knaben-Mützen von **30** Pf. an.
Gratis! Zu jedem Einkauf ein Geschenk. **Gratis!**
Hutfabrik-Niederlage H. Schönfeld
 Schmiedebrücke 17/18 - Adalbertstr. 6.

Neuheiten in Damen-Hüten
 für Herbst und Winter, vom einfachsten bis elegantesten Genre.
 Trauer-Hüte von 3.50 Mk. an, stets vorräthig.
 Herren-, Damen- u. Kinderwäpche, Wolllwaren, Tricotagen, Korsetts, Bijouterie- und Galanteriewaren, Puppen und Spielwaren, riesige Auswahl. **4934**
 Anhergewöhulich billige Preise.
Louise Schindler, Reudorfstr. 66, Lohestr. 67/69.

Paul Hauschild jr. **4199**
 Friedrich-Wilhelmstr. 102.
 Empfehle sämtl. Haus- u. Küchengeräte, Lampen, Werkzeuge für Tischler etc., Eiserne Oefen zu billigsten Preisen.

Uhren, Ketten, Ringe.
 Nur gutes Fabrikat. **4207**
 Billigste Preise.
Max Frenzel, Uhrmacher,
 Friedrich-Wilhelmstr. 39.

Nähmaschinen
 5 Jahre schriftliche Garantie.
 Mk. **40, 45, 50 bis 60**
 Original-Schwing- und Ringschiffchen (Schnellnäher) vor- und rückwärts Nähend, für Familiengebrauch u. gewerbliche Zwecke.

Platten-Sprechmaschine mit 10 St. 20 cm-Platten nur **Mark 13.50.**
Konzert-Phonographen mit 10 Goldgusswalzen zusammen **9 Mk.**
Grosse Auswahl in Luxus-Platten.
 Sprechmaschinen Mk. **10, 14, 18 bis 25.**
 Auto-Beckard-Platt 21 cm gr. **30 Pf.**, Orig.-Columbia-Platt kl. **70 Pf.**
 Anker-Platten, 2 1/2 cm gross à **1 Mk.**, p. 10 St. à **90 Pf.**
 Ferner unterhalte ein kolossales Lager in **Original-Zonophon, Grammophon, Kallépe** zu billigsten Preisen.
 In Zonophon- und Kallépe-Platten habe ich jede Nummer nach deren Katalogen stets komplett am Lager.
 Der **nebenstehend wunderbare Apparat** kostet komplett mit **10 Musikstücken** (grosse Origin.-Kallépe-Platten) **nur M.**
 Kataloge üb. Nähmaschinen, Geldkassetten, Sprechmaschinen versende an jedermann umsonst und portofrei.
Bernh. Wedler, **BRESLAU S.** Klosterstr. 15, Ecke Feldstrasse.

Krieg auf dem Balkan?

Die neuesten Depeschen lassen kriegerische Verwicklungen auf der Balkanhalbinsel doch wieder möglich erscheinen und war nicht dort, wo man sie zuerst vermuten konnte, an der ostrumelischen Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei, sondern im Norden des österröschischen Gebiets, an der serbisch-österreichischen Donaulinie. Obgleich die Wahrscheinlichkeit, wenn das kleine Serbien auch nur einen einzigen ernstlichen Schritt gegen seine benachbarte Großmacht unternehmen wollte, so steht es doch aus, als wäre man in Belgrad zu jedem Wahnsinn bereit. Zu den kriegerischen Demonstrationen einflussloser Blümmen ist neuerdings die Rede des Stupschinapäsidenten getreten, der „mit Bomben und Banden siegen“ will, wenn es mit den regulären Waffen unmöglich sein sollte, und ein weiteres Telegramm spricht sogar von der Einberufung des ersten und zweiten serbischen Reserveaufgebots. Österreich-Ungarn trifft in fühler Ruhe seine Gegenmaßnahmen, mobilisiert die Donauflotte, besetzt die Eisenbahnbrücken und Tunneln, welche die Verbindung mit Serbien herstellen und verbietet an Stellen, wo der Ueberlauf von Serben und Panbenerführern stattfinden könnte, jeden Personenverkehr. Alle diese Maßnahmen lenken den Blick der Öffentlichkeit mehr in die Gegend des „Eisernen Tores“ bei Orsova, wo die schwarzgelbe und die serbische Fahne sich gegenübersehen, als auf die ostrumelische Provinz, die zum ersten Male als König zu besuchen Ferdinand I. sich anschickt. Die Türkei scheint nicht nur den Schlag, den dieser Bulgaren ihr zugefügt, ruhig hinzunehmen, auch von irgend einer Reaktion gegen die griechischen Proklamationen auf Kreta spürt man nichts. Der Bericht dieser Proklamation wurde bereits am Mittwoch ausgeführt. Auf der ganzen Insel sind zu öffentlichen und kommunalen Anstalten helleinische Behörden installiert worden. Die Bevölkerung strömt zu tausenden in Kanea zusammen, um dort ihrer Begeisterung für Griechenland Ausdruck zu verleihen. Zu all dem Unheil gesellt sich vielleicht noch ein weiteres. Nach unkontrollierbaren Gerüchten soll sich auch Albanien für unabhängig erklärt haben. Bestätigt sich diese Nachricht, dann wäre allerdings an eine Erhaltung des Friedens nicht mehr zu denken. Vorläufig handelt es sich wohl aber nur um einen chauvinistisch-revolutionären Versuchsballon, der auslandschaften soll, wie weit die Nachgiebigkeit der Jungtürken geht und der überhaupt die Verlegenheit der türkischen Regierung zu erhöhen bestimmt ist. Irgend ein Prognostikon läßt sich unter diesen Umständen auch für die nächsten Tage nicht stellen, jede Stunde kann ein Telegramm bringen, das den Zusammenbruch des nur lose gefügten Staatengewirrs im Südosten Europas verkündet und nicht nur den militärischen, sondern auch den Bürgerkrieg mit chaotischem Barbarismus als unvermeidbar erscheinen läßt.

Den Staatsreich des Mächtigen, den Österreich mit der Union Bosniens begangen hat und der zu den Staatsstreichen aller übrigen Potentaten, die „ihre“ Länder vergrößerten, paßt, kennzeichnet ein Leitartikel der „Leipz. Volkszeitung“ in sehr treffender Weise:

„Die Wiener Neue Freie Presse“ leistete sich vor kurzem den Witz, die Souveränitätsrechte des türkischen Sultans über Bosnien in eine Reihe zu stellen mit den Souveränitätsrechten des Kaisers von Österreich über Jerusalem. Denn unter den vielen Titeln, die der Habsburger führt, ist auch der eines Königs von Jerusalem, aber Franz Josef hat in Jerusalem nichts zu sagen und ebenso

habe Abdul Hamid in Serajewo etwas zu sagen. Wie jeder, hinkt auch dieser Vergleich: die Habsburger hatten in Jerusalem niemals etwas zu sagen, dagegen sind es noch keine 30 Jahre her, daß in Serajewo ein türkischer Pascha das Regiment führte. Außerdem aber kann sich der Sultan darauf berufen, daß laut einem feierlichen Vertrage vom 21. April 1879 seine Souveränität über Bosnien anerkannt worden ist, obgleich das Land selbst unter Verwaltung der österreichischen Regierung gestellt wurde. Wenn also Treu und Glauben gelten und feierliche Kaiserworte nicht Spreu im Winde sind, dann ist eben bis zur Stunde Abdul Hamid Herrscher über Bosnien und die Herzegowina. Aber es ist schon so, daß die feierlichsten Staatsverträge, sobald sie nicht mehr den Verhältnissen entsprechen, Plunder sind, nicht das Papier wert, auf dem sie stehen, und trotz, die sozialdemokratischen Revolutionäre, sind die letzten, das zu bestreiten. Es freut uns nur, wenn bürgerliche Blätter durch die Umstände gezwungen werden, diese Tatsache zu bestätigen.“

Serbiens Kriegsdrohungen.

Belgrad, 8. Oktober. Vor dem Ministerium des Inneren fanden heute große Demonstrationen statt. Eine große Menschenmenge zog vor das Ministerium, wurde aber von Gendarmen zurückgetrieben, wobei eine Anzahl Personen verwundet wurden. Auch wurden Truppen requiriert, welche die Menge weiter zurückdrängten. Menschenmassen zogen später unter Hochrufen auf den König und die Armee, sowie Schandrufen gegen das Ministerium und Österreich durch die Straßen.

Belgrad, 8. Oktober. Das erste und zweite Aufgebot des serbischen Heeres soll bereits einberufen worden sein. Der Präsident der Stupschina richtete an die Volksmenge eine Ansprache, in der er sagte, können wir nicht mit den Waffen siegen, so werden wir zu den Bomben Zuflucht nehmen. Das mazedonisch-bosnische Komitee beschloß, mit Bandenbildungen vorzugehen und Bosnien zu infiltrieren.

Österreich trifft Vorkehrungen.

Wien, 8. Oktober. Nach Privatmeldungen aus Neuas hat eine Kompanie des 17. Infanterie-Regiments den Tunnel und die Brücke von Beiska (nach Serbien hin) besetzt. Auch die Wardein-Besler-Nusager Eisenbahnbrücke wurde militärisch besetzt und jeder Personenverkehr auf der Brücke untersagt. Man bringt diese Maßnahmen mit der kriegerischen Stimmung in Zusammenhang. Auch zirkulieren Gerüchte, daß ein Aufschlag Serbiens auf die Linien der ungarischen Staatsbahnen geplant sei.

Budapest, 8. Oktober. Der „Ujras“ veröffentlicht folgende sensationelle Mitteilung: Heute Mittag erhielt der Kommandant der Donauflotte in Budapest den Befehl, die diesige Flotte zu mobilisieren. Infolgedessen fuhren die hier stationierten vier Monitore um 3 1/2 Uhr in der Richtung nach Belgrad ab. Weiter wird aus Agram gemeldet, daß sämtliche Brücken der Save und Donau militärisch besetzt wurden. Auf jeder Brücke stehen je ein Offizier und 30 Mann. In Agram erhielten die Reserveoffiziere den Befehl, die Stadt nicht zu verlassen.

Auch die Türkei rüstet.

Konstantinopel, 8. Oktober. Diese Nacht sind der Kreuzer „Medshid“ und drei Torpedobootzerstörer von Smyrna nach Samos abgegangen.

Konstantinopel, 8. Oktober. Nach einer Blättermeldung hat die Türkei 120 Batterien Schnellfeuergeschütze in Europa bestellt. Die in Smyrna befindlichen Kriegsschiffe sind heute Nacht telegraphisch nach Samos beordert worden. Die Regierung hat an die Wilajets die telegraphische Weisung ergehen lassen, trotz der letzten Vorwarnung die Ruhe zu bewahren.

In Handelskreisen ist die kommerzielle Boykottierung Österreichs beschlossen worden.

Konstantinopel, 7. Oktober. Der letzte Gedanke und das Schlagwort des jungtürkischen Komitees scheint zu sein, den Krieg abzuwenden, da sonst, wie seinerzeit durch den russischen Krieg, die Verfassung verloren gehen könnte. Alltägliche Kreise schließen die jüngsten politischen Ereignisse auf das Schicksal der Jungtürken. Auf jungtürkischer Seite verleiht man sich damit, daß die Geschehnisse nur Folgen und Nachwehen des alten Regimes seien.

Konstantinopel, 7. Oktober. Armenische Blätter melden, daß das armenische Komitee der Pforte für den Fall eines Krieges 40.000 freiwillige und große Geldsummen angeboten habe.

Sofia, 8. Oktober. Die Regierung erklärt nochmals auf das Entschiedenste, daß die Meldungen über eine Mobilisierung der bulgarischen Armee den Tatsachen nicht entsprechen. Die vorgenommenen Truppenbewegungen beschränken sich auf Verstärkung der Grenzposten, die Reserve der dritten Klasse seien zu einer gewöhnlichen Dienstleistung einberufen worden.

Nesib, 8. Oktober. Die Fassung der offiziellen Nachrichten über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens wird von den Bulgaren Mazedoniens verurteilt. Diefelben beabsichtigen eine Loyalitätserklärung an die Türkei zu erlassen. In allen Kreisen, besonders unter den Komitee-Offizieren und Albanern, herrscht erbitterte Stimmung. Die Anagnon Bosniens wurde relativ ruhig aufgenommen, nur die hiesigen Serben zeigen große Mißbilligung. Die Ruhe und Ordnung wurde nirgends gestört.

Konstantinopel, 8. Oktober. Die gestrige antibulgarische Demonstration dauerte auch des Nachts fort. Der serbischen Gesandtschaft wurden große Demonstrationen dargebracht.

Konstantinopel, 8. Oktober. (Wiener Korz.) Das offizielle Organ des jungtürkischen Komitees, „Schau Usmet“, sagt, die Bulgaren mögen nicht glauben, daß die türkische Armee schwach sei. „Tanin“ veröffentlicht ein Interview mit dem deutschen Volschaffer, der erklärt habe, die Türkei verliere durch die Maßnahmen Österreich-Ungarns nichts.

Konstantinopel, 8. Oktober. (Wien. Korz.) Der unter dem Vorbehalt des Großwesirs abgehaltene Ministerrat dauerte bis 1 Uhr früh. Er galt der Abfassung der Note zur Beantwortung der vom österreichischen Volschaffer überreichten Note, bez. die Angliederung Bosniens. Es ist noch nicht bestimmt, ob die Antwort hier oder in Wien überreicht wird, wahrscheinlich aber in Wien.

Die Protokolle der Türkei in Berlin.

Berlin, 8. Oktober. Die schriftliche Note der Türkei, in welcher sie gegen das Vorhaben Bulgariens protestiert, ist auch in Berlin bereits überreicht worden. Die Türkei wendet sich an die Mächte zur Wiederherstellung des bisherigen Status quo. Sie vermeidet es, ein Programm anzubieten für die Konferenz; sie vermeidet es auch, Mittel und Wege vorzuschlagen, auf denen man zur Verständigung gelangen könnte. Unter diesen Umständen wird, wie es heißt, die Zurückhaltung Deutschlands noch größer als bisher. Auch die übrigen Mächte dürften es einstweilen der Türkei überlassen, ihre Wünsche näher zu bezeichnen. Von der Vereinfachung des Verhältnisses mit Griechenland läßt sich Deutschland, seiner bisherigen Stellungnahme entsprechend, noch weniger herab als von den übrigen Angelegenheiten. Die Türkei würde sich über diese Sache mit den Schutzmächten Kretas auseinandersetzen.

Die russische Note.

Frankfurt, 8. Oktober. Wie der Berliner Korrespondent der „Frankf. Bg.“ erzählt, wird die russische Note, welche die Einberufung einer Konferenz zur Revision des Berliner Vertrages verlangt, heute oder morgen publiziert.

Berlin, 8. Oktober. Die deutsche Regierung steht einem Kongressplan nicht grundsätzlich entgegen. Sie ist aber der Ansicht, daß er nur mit der Zustimmung Österreich-Ungarns zur Durchführung gelangen könne, denn ein Kongress ohne Österreich-Ungarn wäre ein Unding und würde von vornherein völlig ausfallen.

New York, 8. Oktober. Die amerikanische Presse verurteilt einstimmig das Vorgehen Österreichs und Bulgariens und lobt Englands Eintreten für die Heiligkeit internationaler Verträge, sie sympathisiert mit der beraubten Türkei. Londoner und Pariser Meldungen versuchen, Mißtrauen gegen Deutschland zu erzeugen. Amerika ist offiziell an den Balkan-Angelegenheiten nicht interessiert.

Abend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau Montag, den 12. Oktober

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Die Töchter der Alma mater. Die ersten Studentinnen wurden vorgestern an der Berliner Universität auf Grund der neuen Ministerialbestimmung im Senatssaal vom Rektor Geheimrat Professor Dr. Stumpf und dem Universitätsrichter Geheimrat Dr. Daube immatrikuliert. Die jungen Damen, die natürlich das Reifezeugnis besitzen, wurden an dem ersten Immatrikulationstermin gemeinsam mit ihren männlichen Kommilitonen aufgenommen. Der erste weibliche Student der Berliner Universität war Fräulein Hanes Garnack, die Tochter des berühmten Kirchenhistorikers und Generaldirektors der kaiserlichen Bibliothek, Professor Dr. Adolf Garnack. Die junge Dame besitzt das Reifezeugnis des Sophien-Realgymnasiums zu Berlin und wird sich dem Studium der Philosophie widmen. Der Rektor der Universität, Geheimrat Rat Stumpf, nahm gestern Anlaß, an die neuen weiblichen Kommilitonen einige feierliche Worte zu richten: „Die erste Immatrikulation der Frauen ist ein Abschnitt in der Geschichte der Universität und vor allem der Frauenbewegung. Die eines ihrer Ziele erreicht hat. Die wahre Bedeutung will ich hier nicht untersuchen, und sie kann auch erst die Zukunft lehren. Mit, als dem Hausherrn der Universität, steht es nur zu, die Damen, die bisher nur als Gäste Aufnahme fanden, jetzt als Töchter des Hauses zu begrüßen.“ Nach diesen Worten hielt der Rektor sie als akademische Bürgerinnen mit einem Händedruck willkommen.

Ein vermischter Polarforscher. Wie aus St. Johns, Newfoundland gemeldet wird, herrscht lebhafter Besorgnis über das Schicksal des amerikanischen Polarforschers Dr. Cook, der im Sommer 1907 zu einer Expedition nach Grönland aufgebogen war. Sein Begleiter Dr. Francis, der soeben auf dem Dampfer Pearys Erik zurückgekehrt ist, berichtet, daß Dr. Cook im letzten Februar aufgebrochen war, um einen Vorstoß nach dem Nordpol zu unternehmen. Vom 17. März anote er ihm noch durch Eskimos einen Brief, in dem er die Hoffnung ausdrückte, daß er im Juni zurückkehren würde. Aber bis Mitte August, als Dr. Francis zu dem „Erik“ einschiffte, war keinerlei Nachricht mehr von ihm eingetroffen.

Aus aller Welt.

Ein neuer Rekord Wilbur Wrights. Aus Le Mans wird gemeldet: Wilbur Wright unternahm am Dienstag Abend in Begleitung eines Passagiers einen Flug von einer Stunde vier Minuten und 26 1/2 Sekunden Dauer. Er schlug damit den Rekord vom Sonnabend. Er legte 70 Kilometer zurück. Während seiner Fahrt nahm der Apparat eine so eigenartige Form an, daß man glaubte, es werde ein Unfall erfolgen. Wright wird nunmehr den Preis von 500.000 Francs erhalten. Die offiziellen Probefahrten sind jetzt beendet, Wright wird sich nunmehr nur noch mit der Ausbildung von Lenkern seines Systems beschäftigen.

Mit voller Fahrt in eine Pferdeherde. Ein Unfall, der leicht schwerere Folgen hätte nach sich ziehen können, passierte gestern Nacht auf der Danzig-Dirschauer Eisenbahnstrecke. Der von Danzig kommende letzte Nachtzug fuhr bei Hohenstein in eine Pferdeherde hinein, die sich von der Weide auf den Bahndamm begeben hatte. Glücklicherweise entgleiste der Zug nicht, trotzdem acht Pferde unter die Räder gerieten und von diesen zerhackt wurden. Nach Fortschaffung der Kadaver setzte der Zug mit Verspätung seine Fahrt fort.

Wierhundert Zentner Bleiplatten gestohlen. Einem „schweren“ Diebstahl ist man in Obersiebenbrunn bei Wien auf die Spur gekommen. An der Spree liegen die Akkumulatorenwerke von Dr. Müller u. Co. Man hatte dort große Vorräte an Bleiplatten in Kisten verpackt, um sie später fertigzuschaffen. Als man jetzt den Rekanpost der Kisten bewachen wollte, war die überraschende Entdeckung, daß sie zum großen Teil leer waren. In der Zwischenzeit hatten Einbrecher die Bleiplatten gestohlen. Die Diebe waren auf dem Wasserwege an die Kabrit herangefahren; da sie wußten, daß das Fabrikgebäude unbeaufsichtigt ist, konnten sie in aller Ruhe arbeiten. Sie schafften die schweren Bleiplatten aus den Kisten heraus, schleppten sie nach dem auf der Spree liegenden Fabrikgebäude und luden unbedeutend mit der schweren Beutend davon. Die Einbrecher haben vierhundert Zentner fortgeschafft. Als

Täter kommen wahrscheinlich die Mitglieder der Einbrecherbande in Betracht, die vor mehreren Wochen von der Polizei festgenommen wurde, und die besonders in den östlichen Bezirken Berlins ihr Unwesen trieb.

Ein schwerer Eisenbahnunfall. In diesem Nebel stieß infolge falscher Weichenstellung gestern früh der Angermünde-Regener Schnellzug bei Groß-Heitlingen auf einen leerstehenden Arbeiterzug. Der Fahrer ist tot, der Lokomotivführer und der Volschaffer sind schwer verletzt. Der Materialschaden ist sehr bedeutend.

Aus Seerot vertrieben. Bei dem Sturm der letzten Tage strandete bei Hela auf dem Riff in der Dunkelheit die schwedische Galeasse „Alara“. In der höchsten Not, das Schiff lag bereits ganz auf der Seite und die fünf Mann Besatzung stand auf dem Deck, sprang der Dinterdeck, sprang der Dinterdeck, sprang der Dinterdeck alle Jungmattrose Larsson in die Brandung, um Hilfe zu holen. Leider mußte der Tapfere seine Heldentat mit dem Tode bezahlen. Inzwischen war das Unglück von Hela bemerkt worden und die Rettungsmaßnahmen konnten nach schwerem, aufregendem Kampf mit der furchterlichen Brandung die übrigen vier Mann der Besatzung mit dem Kisten-Apparat retten. Die Galeasse bot am nächsten Morgen ein vollstündiges Wrack dar.

Ueber eine kuffischen erregende Verhaftung berichtet die gestrige Nummer der „Dresd. Anzeig.“: Danach ist gegen die drei Inhaber und Begründer der Bombastus-Werke in Potschappel bei Dresden Anzeige wegen Betruges erfolgt und sind diese Direktoren seit gestern in Untersuchungshaft genommen worden. Ueber die Eigenart des Geschäftsbetriebes in Verbindung mit spirituellen Sitzungen gingen schon seit langem die sonderbarsten Gerüchte um. Ein Antrag auf Eröffnung des Konkursesverfahrens ist gestellt worden. Die Untersuchung führt Landrichter D. Burg. Die genannte Firma subskribierte kosmetische Mittel und führt bereits seit Jahren mit den weltbekanntesten Fabrikanten R. A. Mager in Dresden zahlreiche Zivilprozesse.

Von der deutschen Redientennatur. Wir lesen in der „Welt am Montag“: Der Versuch, den Kronprinz kürzlich in

Petersburg, 8. Oktober. Die russische Regierung hat heute eine Note an die Mächte gerichtet, worin die Lage auf dem Balkan dargestellt wird. Es wird energisch Einspruch erhoben gegen die Intervention Bosniens und der Herzegovina, welche den Balkan einer Aufstellung der Türkei darstelle und gefährliche Komplikationen in Aussicht stelle. Angesichts dieser Tatsache ersucht die Regierung die europäischen Kabinette, ihre Zustimmung zu einer Konferenz zu geben, welche den Balkanvertrag revidieren würde.

Petersburg, 8. Oktober. In hiesigen politischen Kreisen schreitet man, daß Serbien sich zu kriegerischen Aktionen hinrichten lassen wird. Zahlreiche serbische Reservisten sind von hier ab. Die Oberleitung rät Rußland, anstatt schriftliche Proteste hinauszuschicken, die Dardanellen zu besetzen. In allen politischen Kreisen herrscht große Aufregung.

Der neue König.

Sofia, 8. Oktober. Fürst Ferdinand überschritt gestern den Schloß nach Oranienstein und machte Halt bei den Denkmälern der Gefallenen. Dann stieg er am Südhänge des Berges wieder hinab und wurde von der Bevölkerung freudig begrüßt. Er begab sich in das russische Kloster, wo der Fürstin eine Messe las und den Segen Gottes auf den Landesfürsten herabschickte. Heute wird der Hofzug mit dem Fürsten von Ruzanik, wo er zur Stunde noch weilt, nach Stara Zagora fahren, wo der Nachaufenthalt vorgesehnen ist. Morgen Vormittag 11 Uhr soll der feierliche Einzug in Philippopolis stattfinden.

Sofia, 8. Oktober. Die Nachrichten über den beruhigenden Einfluß der Sunatzen und der türkischen Presse machen hier sehr guten Eindruck, ebenso die Erklärung der Türkei, daß die Mächte nichts unternommen würde, bevor sie die Haltung der Mächte, betreffend die Proklamation, kenne. Eine Nachricht aus Belgrad besagt, der serbische Minister des Aeußeren hätte dem bulgarischen Geschäftsträger erklärt, daß die serbische Regierung ihre Haltung, betreffend die Proklamation, gemäß der Haltung der Mächte einrichten würde. Diese Erklärungen tragen zur allgemeinen Beruhigung der Gemüter bei. In amtlichen militärischen Kreisen wird erklärt, daß in dem gegenwärtigen Bestande der Armee, welcher außer der aktiven nur vier zu den Manövern einberufene Kontingente der Reserve umfasst, bis auf weiteres keine Veränderung eintreten werde. Wenn keine Verwicklung eintreffe, werde weder eine Mobilmachung noch eine Verstärkung der Grenztruppen stattfinden.

Griechenland.

Athen, 8. Oktober. Der kommandierende französische Oberst ließ die auf dem Hofgebäude gehißte griechische Fahne wieder herunterholen und durch die französische ersetzen. Der Oberkommandeur Janninis hat Areta schon vor vier Tagen zu einem persönlichen Besuch in Kulest verlassen. König Georg weiß augenblicklich in Kopenhagen.

Athen, 8. Oktober. Die Blätter drücken allgemein ihre Freude über den Anbruch Aretas an Griechenland aus und hoffen, daß die Mächte keinen Einspruch erheben werden, da Areta tatsächlich seit langer Zeit bereits griechischer König sei.

Saloniki, 8. Oktober. Die Anhänger Sandanakis hatten Nachts mit den Zentralisten Streit und schossen gegenseitig einander. Sandanakis wurde leicht verwundet. Im Frankentempel wurden zwei Bulgaren getötet.

Enttäuschung der Türkei über Deutschland.

Frankfurt a. M., 8. Oktober. Die „Frankf. Zig.“ meldet aus Konstantinopel: Man hat in einer der schwierigsten äußeren und inneren Situationen in der Türkei vielachsig irgend ein erlösendes Wort aus Berlin erwartet und zwar nimmt man in allen Kreisen der türkischen Bevölkerung diese Erwartung wahr. Die seit mehreren Dezennien währende intime Freundschaft, die bedeutsamen Interessen Deutschlands in der Türkei, sowie die beständigen Versicherungen, daß an dem Status quo des osmanischen Reiches nicht gerüttelt werden dürfe, herbeizuführen die Türkei zu einer solchen Erwartung. Dieses Wort ist bedauerlicher Weise ausgeblieben und hat schon im Juli-Umschwung uns zu einem guten Teil um unseren Einfluß in der Türkei gebracht. Es unterliegt nun einem Zweifel, daß die Ereignisse der letzten Tage diesen Einfluß vollends geschwächt und zur Untergrabung unseres Ansehens in der Türkei geführt haben. Wir haben England allein sprechen und seine Freundschaft für die Türkei ins helle Licht setzen lassen. Die führenden türkischen Blätter geben diesem scharfen Umschwung unbehoblen und in für Deutschland wenig schmeichelhaften Worten Ausdruck.

Wien, 8. Oktober. Der Kaiser verlieh ein Reichsschreiben durch das er, nachdem er die Rechte seiner Erbprinzeßin auf Bosnien und die Herzegovina erstrickt habe, anordnet, daß den aus Bosnien

dem westfälischen Städtchen Herford machte, hat dem Direktor des Goldes, das der kaiserlichen Erbinverteilung teilhaftig wurde, Gelegenheit zum Beweis eines wahrhaft ruhigen Gemüths gegeben. Das Herforder Kreisblatt weiß davon zu berichten: „In die verhältnißlose Bedingung des Kronprinzen ließ der leitende Oberkellner Peters sich die sämtlichen Personen der Bedienung teilen, vom Oberkellner bis zum Biskolo, damit jede von sich sagen könne, sie habe den Kronprinzen des Deutschen Reiches bedient.“

Der Anzug einer Inselbevölkerung. Die Ueberheblichkeit der Finkenwärdiger Fischer, Despoten der Finkenwärdiger Insel, nimmt jetzt ihren Anfang. Die Finkenwärdiger Fischer sind über 150 hochbetagte Leute von weitaus größtem Bestandtheil der deutschen Hochsee-Fischerflotte. Die Ueberhebung ist gewöhnlich Gegenstand der Verachtung der Hamburger Bürgerschaft gewesen, und der Hamburger Staat, der früher oder später die Insel Finkenwärdiger zur Inselbildung seiner Hafenanlagen heranzugewöhnt hat, überließ die Insel recht erhebliche Besitztümer. Einem Barbaren ist ihnen in Finkenwärdiger staatliches Land anvertraut worden, und die Inselbevölkerung zur Verfügung gestellt worden. Die ersten Finkenwärdiger Fischer fiedeln jetzt über, und man sieht auch ein großes Teil gegen das Verlassen der Heimat sträubt, so bereitet sich doch schon auf der Insel Finkenwärdiger alles für die gänzliche Auswanderung der Fischerflotte nach Amerika vor. Der Hamburger Staat hat in letzter Zeit die größten Anstrengungen auf der Insel anzuwenden. Die Geschäftskreise auf Finkenwärdiger beizugewöhnen sich in einem Ort für eine Verlegung ihres Geschäftes anzusehen, wobei was möglichst auch in Berlin auszuwickeln sucht.

Eine blutige Tat wurde am Sonntag in Sandhof, einer in der Nähe von Heilberg gelegenen Wirtshaus, verübt. Der dortige Wirt, ein Mann von 40 Jahren, wurde von einem jungen Mann in das Schlafzimmer der 15jährigen Wirtstochter Helena Gehrig ein und verführte das Mädchen zu verführerischen Taten. Als der Mord begangen wurde, wurde der Täter durch zahlreiche Stöße lebensgefährlich. Der Täter wurde verhaftet.

Alte Chronik. In Hanten bei Colmar erkrankte ein Großvater eine Anzahl Wirtshausbesitzer, Schenken und Stallungen, jedoch über 15 Familien schwer erkrankt, um Teil um ihre ganze Habe gebracht. Der Seuchepandemik belüft sich auf etwa 150.000 W. Das Feuer soll auf Brandstiftung zurückzuführen sein. In der Nähe von Colmar sind insofern Erdwurzungen drei Grabstätten zerstört und getötet worden; mehrere andere erlitten Verletzungen

und der Herzegovina ostentativen Zeichen von nun ab der im Dienstelement für das kaiserliche und kaiserliche Oberkommando die obgenannten sei und die bosnisch-herzegowinischen Truppen fortan die Bezeichnung R. und K. zu führen haben.

Prag, 8. Oktober. Die „Bohemia“ meldet, daß die hier weilenden Reservisten, die den Realmentern in Prag angeteilt sind, die Einberufungsorder zu ihren Regimentern erhalten haben.

London, 8. Oktober. Wie berichtet wird, hat die englische Regierung die Unannehmlichkeit des österreichischen Ministers des Aeußeren auf das Protokoll vom 17. Januar 1871 geantwortet, welches dem Landesvertrage als Anhang beigegeben worden ist und an welchem Oesterreich sich beteiligt hatte. In diesem Protokoll heißt es, daß keine Macht die Verbindlichkeiten in dem Vertrage verewaltigen oder abändern könne, ohne sich vorher freundschaftlich mit den Unterzeichnern des Vertrages verständigt und ihre Zustimmung erhalten zu haben.

Partei-Angelegenheiten.

Die Parteigenossen und der Parteitag. In Brandenburg a. S. beschäftigte sich eine Parteiverammlung mit dem Nürnberg-Parität. Nach längerer Debatte, in der man sich auch über die parteiliche Haltung des Genossen Peus ausdrückte, wurde eine Resolution angenommen, die sich mit der Haltung des Delegierten, der für die Volkskammerwahl stimmte, einverstanden erklärt und die Hoffnung ausdrückt, daß die Parteitagbeschlüsse von allen Genossen befolgt werden.

Den Bericht vom Nürnberg-Parität nahm am Dienstag in Nürnberg eine auf besuchte Parteiverammlung entgegen. Kohl und Eisner hatten sich in die Berichtserstattung gestellt. Kohl behandelte u. a. ausführlich die Budgetfrage und die Erklärung der 66, der er zustimmen hat, während Eisner hauptsächlich auf die Bildungsfrage einging, die unerschöpfliche Arbeit des Parteitagbeschlusses und sich gegen die überflüssigen Parteidiskussionen wandte, wie auch gegen die Angriffe, die gegen ihn erhoben wurden, wobei man ihm Dinge untergeschob, die er gar nicht gesagt habe. Die Diskussion wurde dadurch zum Teil sehr stürmisch, daß ein Redner den Konflikt des Genossen Eisner mit der Redaktion der „Tagespost“ anschnitt, wodurch die Budgetfrage stark in den Hintergrund trat. Um 10 1/2 Uhr wurde die Versammlung abgebrochen. Die Fortsetzung soll Freitag stattfinden.

Die am Sonntag verhaltene Parteiverammlung des vierten sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-N.) wurde am Mittwoch Abend fortgesetzt. Die Diskussion drehte sich wieder hauptsächlich um die Budgetangelegenheit und den in dieser Frage gefassten Beschluß des Parteitages.

In der Abstimmung wurde gegen 6 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die Parteiverammlung des sozialdemokratischen Vereins für den vierten sächsischen Reichstagswahlkreis erklärt sich mit allen Beschlüssen des Nürnberg-Parität einverstanden und erwartet von den Parteigenossen so viel demokratisches Gefühl, daß die gefassten Beschlüsse strikte befolgt werden.“

Auf dem Vormarsch! Unser im neuen Gewande erscheinendes Feuillett, die „Frankische Volksstimme“ in Paderborn, kann bereits die Mitteilung machen, daß sie in der ersten Woche bei intensiver Agitation aller Genossen 1000 neue Abonnenten gewonnen hat. Dieser erfreuliche Aufschwung gibt Zeugnis von dem regen Fleiß und der Talfrucht der oberhäufigen Genossen.

Eine weniger erfreuliche Auseinandersetzung scheint taegen zurzeit in Halle zu spielen. Der „Vormarsch“ enthält nämlich folgendes Redaktionsgut:

Wir suchen für unser Blatt dreifach tüchtige Redakteure. Bewerber wollen sich bis 15. Oktober an unterzeichneten Verlag unter der Aufschrift: „Redaktionsgut“ wenden. Verlag des Volksblattes, Halle a. S.

Demnach scheinen die Differenzen zwischen dem Genossen Adolph Thiele und seinen Kollegen Däumig und Fröhlich bis zur Klärung aller drei Punkte gehen zu haben. Es ist immer zur mündlichen Sache und nicht einen unangenehmen Eindruck, wenn die eigenen Kollegen im Blatte ihre vor einander abweichende Meinung in so ausdrucklicher Weise „bezeugen“, als das in Halle geschehen ist. Die Trennung dieser Menschen, die schon viel für die Partei gearbeitet und gelitten haben, ist nun das traurige Ende vom Ende.

Deutsche Sozialisten in England. Um die friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England zu fördern, werden in den nächsten Tagen die Genossen Kautsky und Ledebour in London sprechen. Sie sind vom englischen Komitee des Internationalen Sozialistischen Kongresses Englands eingeladen.

Arbeiterbewegung.

Aus einer kleinen Residenz. In Wächtersbach, der Residenz der ehemals reicheren Fürsten von Hohenhausen, hat sich ein Arbeiter mit ihrer berühmten Porzellan-Fabrik in Verbindung gesetzt. Die weit über die Grenzen des hiesigen Landes hinaus Bekanntheit erlangte Porzellan-Fabrik hier im Winter 1903 die brutale Maßregelung der Wächtersbacher Porzellanarbeiter. Ein neuer Direktor, Dr. Ehrlich, war von dem Fürsten engagiert worden, um die Fabrik rentabel zu machen, und das erste Werk des neuen Herrn war eine Abrechnung sämtlicher Löhne, die von der Arbeiterkassette mit einem 30 Wochen dauernden Streik beantwortet wurde. Der Direktor ließ sich mit ungeheurer hohen Kosten aus der ganzen Welt Arbeiter kommen und sparte sämtliche Arbeiter, darunter viele, die ein Lebensalter in der Fabrik waren, aus; nach dem erfolglosen Verlauf des Streiks wurden nur diejenigen wieder eingestellt, die auf dem Fabrikgrund ihr Lebensbrot verdienten, und die auf dem Porzellanarbeiterverband austraten. Zum Dank dafür, daß er „Arbeiter“ geschafft hatte, wurde Dr. Ehrlich für die Arbeiter und Arbeiterinnen: er trat eine Studienreise namens Teilung aus Berlin und machte ihn zum 2. Direktor. Keiner von ihm wurde als „Arbeiter“ bei den Arbeiterinnen aus und erhebt eigenmächtig den Lohn jener Mädchen, die ihm zu Willen waren. Darüber gab es Eiferstöße zwischen dem Ehrlich und Teilung: der Sohn des Fürsten, der mütterliche das Recht ergriffen hatte, trat aber für Teilung ein und gab nach längerem erfolglosen Verhandlung dem Direktor Ehrlich den Laufpaß. Ehrlich berief sich darauf, daß er vom Vater des Fürsten auf Lebenszeit angestellt worden sei, der junge Fürst ließ ihm zur Antwort die Gas- und Wasserleitung abbrechen und setzte ihn schließlich auf die Straße. Als Bestrafung einer ganzen Anzahl Arbeiterinnen und Entschädigungs-Forderungen des Fürsten Landgericht, besonders aus Beziehung der Beziehungen des Dr. Ehrlich zur Prinzessin von Hessen zur Sprache kamen, daß die Bestrafung zeitweise ausgesprochen wurde. Was aber aus dem Streik bekannt wurde, genügt zur Verewnung der Zeit! — Das Urteil im Entschädigungsprozess des Dr. Ehrlich soll am 23. Oktober gefällt werden. Was den Prozess für die Arbeiterkassette und besonders für die Porzellanarbeiter interessiert, ist die Angabe des Berichters des Fürsten, Rechtsanwalt Dr. Hofmann, daß die brutale Auspeitzung im Jahre 1903 der Fabrik einen Schaden von 161.000 Mark gebracht habe, ganz abgesehen von dem Schaden, der dadurch erwand

hat die Streikarbeiter einberufen. Die Ware erzeugen und dadurch den Verlust der Firma gefährdeten. Welcher „Lohn“ in diesen seinen und hohen Preisen üblich war, dafür zeugt der wiederholte Ausschluß der Defektarbeiten während der Verhandlung; erwidert hat zum Beispiel auch, daß der Direktor Ehrlich, nachdem ihm wegen eines Alkoholgesetzes mit der bestkündigen Verweisung von Hohenhausen das Recht zur Führung des fürstlichen Wappens entzogen wurde, dem Fürsten schrieb, er werde in Zukunft den Gas- und Wasserleitung auf die Erzeugnisse der fürstlichen Fabrik andringen lassen.

Wenn das Gericht dem Fürsten recht gibt und Dr. Ehrlich „Arbeiter“ muß, dann verliert auch die Gauerer Fabrik das Recht, die Gas- und Wasserleitung ihr erlassenes Mitglied.

Eine schwarze Liste. Die Steingutfabrik Schenck in Meißen verfaßt eine Liste mit 200 Namen von streikenden Arbeitern. Die Streikenden sind mit einem resp. zwei Sternchen bezeichnet, je nach ihrer Gefährlichkeit.

Der Streikpunkt eines Unternehmers. In Hohenhausen war ein Former gestorben, der schon viele Jahre in der Maschinenfabrik von Hohenhausen u. Söhne gearbeitet hatte. Die Former beschlossen, ihrem verstorbenen Kollegen das letzte Geleit zu geben. Auch die übrigen Arbeiter der Fabrik gingen mit zur Beerdigung. Am Beerdigungstage Mittags wurde durch den Meister bekannt gegeben, daß, wenn die Former mitgingen, sie am anderen Tage nicht wiederkommen dürften, außerdem würden dann auch die Arbeiter der Maschinenfabrik entlassen. Trotzdem folgten fast sämtliche Arbeiter der Fabrik ihrem Arbeitskollegen zum Grab.

Am Dienstag Morgen wurden alle Arbeiter, mit Ausnahme der Former und einiger Leute, die in Fabrikwohnungen wohnten, entlassen. Die Nichtentlassenen erklärten sich aber mit den Entlassenen solidarisch und nahmen die Arbeit auch nicht wieder auf. Es kommen rund achtzig Arbeiter in Frage.

Der Betrieb von Hohenhausen u. Söhne ist der rückständigste in ganz Hohenhausen. Während alle größeren Fabriken die 9/10 stündige Arbeitszeit haben, wird dort noch zehn Stunden gearbeitet. Zwar wollte sich die Firma herbeilassen, die 9/10 stündige Arbeitszeit einzuführen, aber die Arbeiter sollten einen Revers unterschreiben, in vier Jahren keinerlei Forderungen zu stellen. Unter diesen Umständen verglachten die Arbeiter vorläufig auf die Verkürzung der Arbeitszeit.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 9. Oktober.

Geschichtskalender.

10. Oktober.

- 1791 Der vollständige Dichter Daniel Schubarth in Stuttgart f.
- 1858 Der Schriftsteller Bartolomeo von Esche in Berlin f.
- 1861 Friis Hofmann bei Christiania f.

„Das Interesse des Staates am Frauenstimmrecht.“

Ueber dieses hochinteressante Thema sprach vor 1500 Frauen und Männern Donnerstag Abend die bekannte Frauenrechtlerin Fräulein Elise Lüders aus Berlin. Sie führte in ihrem von dem Vortrage ihrer Vorrednerin (siehe an anderer Stelle) sehr günstig absteigenden Vortrage ungefähr folgendes aus:

Daß die Frauen das Stimmrecht dringend gebrauchen, um ihre wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Interessen besser schützen zu können, muß wohl selbst von Gegnern des Frauenstimmrechts zugestanden werden. Aber vielen erscheint das Staatswohl gefährdet durch das Frauenstimmrecht, also gilt es zu beweisen, daß die Frauen bei der Erlangung des Stimmrechts nicht nur die Neuen, sondern zugleich die Gebenden fern werden. Unsere heutigen Staatsverfassungen sind nichts, was ewig war, und nichts, was ewig bleiben wird. Das Wort „Alles fließt“ gilt für die Völker und ihre Verfassungen genau wie für alles andere in der Welt. Welche Wandlungen hat allein Deutschland im letzten Jahrhundert in seiner innern Politik und seiner Verfassungsgeschichte durchgemacht! Drei große Werkstücke ragen hervor:

1. Der Erlaß der Steinischen Städteordnung vom 19. November 1808, 2. der Beschluß des Parlamentes in der Paulskirche am 22. Mai 1849, der in dem Reichstagswahlgesetz das allgemeine direkte Wahlrecht vorschlug, 3. der Erlaß der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871, in welcher es im Artikel 20 heißt: Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen mit gleicher Abstammung hervor.

Doch weitere Bewegungen zur Verfassungsreform werden kommen müssen, um Deutschland zu einem wirklich konstitutionellen Staat zu machen — z. B. die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Bundesstaaten und die stärkere Abgrenzung der Rechte des Bundesrates. Und so wie einst der Erlaß der Steinischen Städteordnung, d. h. die Befreiung des Bürgers aus einer zwingenden Notwendigkeit war zur Errichtung des Staates, so wird auch das Frauenstimmrecht zu einer geschichtlichen, kulturellen Notwendigkeit, um neue moralische Kräfte zur Mitarbeit am Staatswohl zu entfesseln.

Wie sich jede Unterdrückung einer bestimmten Klasse rächt, wie jede Ungerechtigkeit eines bestimmten Volkstammes wie ein Wunde schmerzt, so hat sich auch die Rechtlosigkeit der Frauen schon an den Staaten gerächt. Denn es haben sich auf manchen Gebieten, wie in der Stillfestsitzfrage, hinsichtlich der Kriminalität der Jugendlichen und ähnlichem mehr, Zustände entwickelt, die unsere heutigen Kulturvölker nach mancher Richtung hin unter das Niveau der Völker stellen.

Wie sich die Aufgaben der Städte im Laufe der Jahrhunderte gewandelt haben, d. h. aus den kriegerischen Zentren zum Schutz und Schutz gegen den Nachbarn und die Nachbarländer, haben immer größere Aufgaben der Städte auf dem Gebiete der Wohlhabensfrage und Sozialpolitik entwickelt, so treten auch in einem modernen Staatswesen die kriegerischen Aufgaben mehr in den Hintergrund und immer größer und wichtiger werden die sozialpolitischen, kulturellen Aufgaben des Staates. Diese aber sind die ureigenen Domäne der Frau und so drängt die geschichtliche Entwicklung selbst darauf hin, daß den Frauen das Stimmrecht zuerkannt werden muß. Auf dem Gebiete des Arbeiterinnen-schutzes, der Wohnungsfrage, der Stillfestsitzfrage, in all den weitverzweigten Gebieten der Jugendfürsorge, des Erziehungswesens muß die Frau an verantwortlicher Stelle, d. h. in den Parlamenten und den Ministerien, mitwirken und mitreden können, wenn anders all ihr Wirken auf diesen Gebieten nicht Stückwerk bleiben soll. In allen Staaten, in denen Frauen das Stimmrecht besitzen, hat sich gezeigt, daß die sozialen und kulturellen Fragen von den Frauen ganz besonders gefördert werden. Obgleich hat sich durchweg das geistige und sittliche Niveau der Parlamente gehoben, weil die Frauen nicht als blindes Stimmvieh für jeden von der Parteileitung empfohlenen Kandidaten zu haben sind, sondern einen strengen Maßstab an die Verantwortlichkeit des zu Wählenden legen.

In Deutschland wird der Weg zum Frauenstimmrecht über das allgemeine Männerwahlrecht führen. Die Frauen müssen daher den Kampf der Männer um das Reichstagswahlrecht zu den Bundesstaaten unterstützen. Die Frauen müssen eintreten für ein allgemeines, gleiches Wahlrecht, das die Ungerechtigkeiten, die man ihnen gegenüber ausübt, nicht einer anderen Klasse gegenüber wiederholen dürfen.

Die Rednerin schloß ihre Ausführungen mit einem warmen Appell, diejenige Organisation zu stärken, die für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für beide Geschlechter eintritt, d. h. den Deutschen Verband für Frauenstimmrecht, für Preußen den preussischen Landesverein für Frauenstimmrecht.

Der sein Vaterland lieb hat, muß daran mitarbeiten, daß Deutschland sich nicht zurückziehen läßt von anderen Nationen, die in den Verfassungsreformen schneller voranschreiten, sondern

hat auch Deutschland die Kräfte seiner weiblichen Bürger mehr zu freudigen verantwortlichen Mitarbeit im Staate. (Erlaubnis, sich immer wiederholender Weisheit.)

Es ist bedauerlich, daß die Weisheit der Versammlung, sowie die Weisheit der bürgerlichen Frauenbewegung bisher nicht zu bewegen waren, ernstlich an die Verwirklichung dieser trefflichen Ideen heranzutreten. Daß die bürgerlichen Frauen dazu auch noch nicht reif genug sind, beweist ja schon die Tatsache, daß die hinter Elise Lüders stehenden Prof. Kaufmann und Justizrat Heilberg mit ihren sehr liberalen Meinungen zur Ruhe und zur Mäßigkeit fast ebenso schwachen Beifall fanden. Es sollte ihnen eben das Interesse, das die proletarischen Frauen zum Eintritt für das Frauenstimmrecht bewegt: Die Not und Unterdrückung im Klassenkaute. Wir stehen auf dem Boden der Auffassung, daß die Forderung des Frauenstimmrechts in erster Linie auftritt als Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise. Das Frauenstimmrecht findet, wie Clara Zetkin sagt, für uns seine Begründung in dem Wandel des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, der durch die kapitalistische Produktionsweise geschaffen worden ist und hauptsächlich durch die Erwerbsarbeit der Frauen und in höchstem Maße durch die Eingliederung der Proletarierinnen in das Meer der Industriearbeiterinnen seinen höchsten Ausdruck findet. Wir fordern das Stimmrecht für die Frau nicht nur in dem Sinne, daß gleichen politischen Rechte entsprechen sollen: Wir glauben es auch der Entwicklung der Gesellschaft schuldig zu sein, die eigenen Kräfte des Geistes- und Seelenlebens unserer Frauen ihrer Eigenart entsprechend in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

„Frauenstimmrecht“

So lautete das Signal, durch das der Bund deutscher Frauenvereine für Donnerstag Abend eine zahlreiche Schere nach dem Konzerthaus gerufen hat. Und in der Tat fand diese Abendversammlung, in der reine Fraueninteressen vertreten wurden, auf einem weit höheren Niveau, als die vorhergegangenen Versammlungen. Frau Elisabeth Krulenberg-Krausnick sprach über das Interesse der Frauen an Frauenstimmrecht, während Fräulein Elise Lüders-Berlin das Interesse des Staates an Frauenstimmrecht behandelte.

Elisabeth Krulenberg gehört zum rechten Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung. Sie gilt in vieler Hinsicht als reaktionär; immerhin hat sie sich zu der Erkenntnis von der Notwendigkeit des Frauenstimmrechts durchgearbeitet. Bei ihrem Vortrage war sie weniger mit dem Herzen, als mit dem Verstande bei der Sache, und ihre Ausführungen waren mehr der Zerstreutheit von allerlei „Bedenken“ gegen das Frauenstimmrecht gewidmet, als der Propaganda. Von den Bedenken vieler Männer, die da fürchten, das Frauenstimmrecht werde nur der Sozialdemokratie und dem Zentrum zugute kommen, könne man absehen, ebenso auch von den Bedenken, daß die Frauen zu klein und kleinlich seien und zu wenig sachlich zu denken vermöchten. Letzter sei es ja wahr, daß die Frauen größtenteils sehr kleinlich in ihrer Denkweise seien, aber wer hindere sie, größer zu denken? Es ist der Mann, dem die oberflächliche Erziehung des anderen Geschlechts Mühsal und Interesse war. In der Erfüllung großer Taten würden auch die Kräfte der Frauen wachsen. Hauptsächlich in kleineren Orten empfinde der Mann noch heute die Anwesenheit von Frauen in politischen Vereinen als unangenehm. Es werde also, der Mann sei der natürliche Beschützer der Frau. Das möge ja im einzelnen Falle richtig sein, nicht aber, wenn man die beiden Geschlechter als Ganzes betrachtet. In wirtschaftlicher Beziehung sei der Mann der Konkurrent der Frau und führe seinen Konkurrenzkampf rücksichtslos. Er habe die Frau vor der Notwendigkeit, Brot zu verdienen, keineswegs geschützt. Schon heute lassen sich aber alle Parteien die Mithilfe der Frauen nicht gefallen, obwohl sie für die Fraueninteressen im allgemeinen nur wenig zu tun können.

Man sagt, die allgemeine Wehrpflicht gebe dem Manne das Recht zum Wählen. Aber die Frauen sind doch auch bereit, Pflichten auf sich zu nehmen, selbst im Kriege, aber man weiß ihre Dienste nicht. So sind vom Kriegsministerium die organisierten Krankenträgerinnen zur Aufgabe eingesetzt worden, als sie um Zulassung zum Krankenpflegeberuf im Kriege baten. Man sagte ihnen, es seien genügend Kräfte vorhanden und der Kaiser habe im gleichen Sinne entschieden. In Wirklichkeit sei aber bei uns in höchst unzulässiger Weise dafür gesorgt, daß den Verwundeten im Kriege Hilfe zuteil werde. Die Abweisung beruht lediglich auf der Abneigung gegen selbständige weibliche Kräfte. Viele Frauen sagen, ihr Geschlecht sei noch nicht reif für das Wahlrecht. Diese Raubbildung ehre zwar die Frauen, aber so lange könne man nicht warten, bis die Frauen in ihrer politischen Verbohrung die Männer erreichen. Das Wahlrecht ist Mittel und Zweck, das Volk und insbesondere auch die Frauen emporkommen. So können auch alle die daran glauben, daß sie einst Menschheit werden müssen über ihr Leben, für das Frauenwahlrecht eintreten. Sie brauchen nicht daher zurückzureden, ihr Recht zur Geltung zu bringen.

Hätte diese Rednerin sich darauf beschränkt, Bedenken zu vertreiben, und ganz im Sinne der reaktionären Männerwelt ihrer Klasse sich peinlich gekümmert, davon zu reden, wie das Frauenwahlrecht eigentlich beschaffen sein sollte, so trat nur Elise Lüders leidenschaftlich für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Männer und Frauen ein. Ueber das allgemeine und gleiche Männerwahlrecht erst würden die Frauen zu ihrem Rechte kommen. Sie verlangte deshalb insbesondere die Unterstufung des organisierten Wahlrechtskampfes. Wir geben ihre interessanten Ausführungen an anderer Stelle noch ausführlicher wieder.

Als erster Diskussionsredner erhielt Genosse Albert das Wort. Er gab seiner Friedliebendheit über das Referat von Elise Lüders Ausdruck und wies nach, daß man nicht, wie Frau R. behauptet, das Stimmrecht als Mittel der Frauenbewegung betrachten könne. Denn wenn wirklich nur das Stimmrecht käme: Wären dann alle Wünsche der Frauen erfüllt? Im Gegenteil! Erst dann würden sie deutlich erkennen, wie viel noch für sie zu tun übrig bleibe. Als der Redner dann nachweisen wollte, daß die Frauen verraten und verkauft sind, wenn sie sich auf die „liberalen“ Parteien verlassen, als er insbesondere das wenig fortschrittliche Verhalten der bürgerlichen Presse in Breslau kritisierte, begann der antwortende Redakteur der „Breslauer Morgen-Post“. Abraham Wölffels (er nennt sich scherzhaft Erich Rahn) durch fortwährende „Schluß“-Rufe und heftigste Redensarten die Versammlung zu stören. Und weil Genosse Albert darauf etwas freudig reagierte und dem Herrn zur Ruhe verhies, ergoß ihm die nervöse gewordenen Vorlesende Frau Stritt-Presden das Wort. Sofort erhob sich der „liberale“ Professor und Stadtkorrespondent Kaufmann um einen Antrag auf Einschränkung der Redezeit zu stellen. Er erklärte jedoch: „Ich danke Ihnen für die nachdrückliche Korrektur Ihres übertriebenen Beschlusses und bemerke, daß ich, nachdem Sie mir meine Wahrheiten nicht hören wollten, nunmehr auf die „Wohltat“ einer fünfminütigen Redezeit verzichte.“

Dann kamen die Redner der bürgerlichen Frauenbewegung zum Wort. Ein noch recht jugendlicher Herr vertrat die Frauen als ihrer Bestrebungen; nur das Wahlrecht zum Gemeinwesen sollte er ihnen zugänglich machen. Der national-liberale Theaterkritiker Professor Kaufmann, erblickte in der „schrägen Ordnung“, die die Frauen erstrebten, die Vorläuferin der Despotie. Doktor Heilborn sah im Frauenwahlrecht eine Revolution und warnte vor übertriebenem Radikalismus. Justizrat Heilberg, der Löwe des Breslauer Rathhaus-Präsidenten, brachte ebenfalls allerlei Bedenken vor, und schließlich war es nur ein einziger Bürgerlicher, Dr. Dohrn, der den Forderungen der Frauen rücksichtslos zustimmte.

Frau Marie Wisnewski erkannte das Verdienst der Sozialdemokratie als Bahnbrecherin des neuen Gedankens an, sie sei die erste Partei gewesen, welche die Forderungen der Frauen durch Urträge im Reichstage vertreten hat. Bedauerlich sei es aber, daß die deutsche Sozialdemokratie das Wahlrecht nicht genehmigt habe und die bürgerliche Partei der Frauenbewegung das Frauenwahlrecht in den Hintergrund treten ließ. Doch läme es bei der Vertretung der Frauenforderungen ja nicht auf die Kunst der Parteien, sondern auf die wirtschaftliche Entwicklung an. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Böke meint, das Auftreten der verschiedenen liberalen Redner gelte den Frauen ja zur Genüge, wie weit sie sich auf die Unterstützung der bürgerlichen Parteien verlassen können. Ihre Forderungen werden als reaktionär, als „Gleichmacheri“, als „abstrakte und utopische Ideen“ bezeichnet, genau wie die sozialdemokratischen. Im Grunde genommen sind das ja auch, wenn die mit Ihren Forderungen auf dem Boden der ökonomischen Entwicklung stehen, wie es Fräulein Wisnewski eben ausführte. Auf diesem Boden allein haben die Frauenrechte eine Zukunft, nur die wirtschaftlichen Veränderungen begründen und vollziehen die Erweiterung der Frauenrechte, nur ihr Eintritt in den Produktionsprozess ließ den Wunsch nach staatsbürgerlichen Rechten erwachen. Redner geht auf das Vereinsgesetz und das bürgerliche Wahlrecht ein, muß aber wegen abgelaufener Redezeit ebenso wie seine Vorrednerin abbrechen. Ein Teil der Versammlung zollt ihm Beifall. Ferner sprachen noch Hele Schreiber-Berlin, die energisch dafür eintrat, keinen Kandidaten zu unterstützen, der sich dem Frauenwahlrecht widersetzt und im übrigen die Frauen auf ihre eigene Kraft verweist, und Redakteur Himmer-Bosen, der einem Frauenverein als Mitglied angehört und für die Frauenforderungen eintrat.

In ihrem Schlusswort wies Elise Lüders darauf hin, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die alle Forderungen der Frauen in ihr Programm aufgenommen hat, während über die bürgerlichen Parteien sehr zu klagen sei. Sie empfahl, daß auch die bürgerlichen Frauen sich aus der sozialdemokratischen Presse über die Stellung dieser Partei zu den Frauenfragen informieren sollten, daß man aber auch sozialdemokratisch der Presse der bürgerlichen Frauen mehr Beachtung schenken möge. Man würde sich dann gegenseitig besser verstehen können, als es anfänglich in dieser Versammlung der Fall gewesen sei.

Ein Schutzverband der Schwindelfassen

Hat auf einer in Kassel abgehaltenen Konferenz von freien „Kranken- und Hilfskassen Deutschlands“ das Licht der Welt erblickt. Als Zweck der Konferenz wurde angegeben, den unzureichenden Unternehmungen und schwindelfassen Agenten im Krankenversicherungswesen das Handwerk zu legen. Dieser angelegte Zweck soll erreicht werden durch die sofort erfolgte Gründung eines „Schutzverbandes der Privat-Kranken-Versicherungsanstalten Deutschlands“, dem folgende Aufgaben gestellt sind:

1. Gegenseitige Bekanntheit von schwindelfassen Agenten, deren Namen dem Verbandsvorstand bekannt zu geben sind. Die Namen werden allmonatlich durch sogenannte schwarze Listen sämtlichen Kassen mitgeteilt, die dem Verband angehören.
2. Gewährung einheitlicher Provisionsätze an die Vertreter.
3. Anstellung gemeinsamer Krankenkassen-Kontrollure und Vertrauensärzte.
4. Ueberrahme solcher Kassen, welche in Zahlungsschwierigkeiten geraten, sofern sie dem Verbandsangehörigen.

Um dieses Programm richtig zu wahren, muß man folgendes festhalten: Die Gründungsversammlung des Verbandes wurde von einem Herrn Bussien geleitet, und zum ersten Vorsitzenden des Verbandes wurde ebenfalls besagter Bussien gewählt. Dieser Mann war Mitbegründer und Leiter mehrerer sogenannter Hilfskassen, die nacheinander verkracht sind. Gegenwärtig ist der Bussien Direktor und erster Vorsitzender der „Deutschen Kranken- und Unterstützungskasse“ (Sitz Kassel).

Auf diese Kasse habender „Vorwärts“, die „Mannheimer Volksstimme“ und das „Kasseler Volksblatt“ zu wiederholten Malen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit lenken müssen. Das Amtsgericht in Kassel hat sich mehrfach mit besagter Kasse zu beschäftigen gehabt, und der Arbeiterssekretär in Kassel hatte infolge der Praktiken der Kasse diverse Male mit deren Verwaltung ein Sträußchen auszuschütten.

Diese paar Tatsachen zeigen, daß es notwendig ist, den sogenannten „Schutzverband der Privat-Krankenversicherungsanstalten Deutschlands“, der sich berufen fühlt, gegen „unreelle Unternehmungen“ im Krankenversicherungswesen zu kämpfen, im Auge zu behalten. Neben dem besagten Herrn Bussien-Kassel sitzen in der Leitung des bemerkenswerten Schutzverbandes folgende Leute: Josef Puttlinger-München, zweiter Vorsitzender, Max Fittner-Garbt-Kassel, Kassierer, Gastier-Dortmund und F. Jäger-Eisenach, Beisitzer.

Wer sind die unbekannt Puttlinger und Genossen?

Streitigkeiten wegen Ueberbürdung von Umfassener.

(Eine Sitzung in der Breslauer Umfassener-Vereinigung.) In der Sitzung des Bezirksausschusses vom 8. d. M. wurden, wie fast in jeder Sitzung, mehrere Fälle von Umfassener-Klagen verhandelt, die nicht uninteressant sind.

In erster Reihe lagte die offene Handelsgesellschaft Siegfried Brieger, Kupferstraße 24. Im Jahre 1886 wurde die Gesellschaft gegründet. Die Erben waren Siegfried und Hugo Brieger. Siegfried Brieger brachte das Grundstück Kupferstraße 24 als Geschäftslokal. Das Haus wurde damals für die Gesellschaft aber nicht aufgeführt, im Grundbuch blieb Siegfried Brieger als Eigentümer. Voriges Jahr starb der alte Brieger, testamentarisch verließ er, daß das Haus der Handelsgesellschaft gehöre. An Stelle des Siegfried Brieger sollte die Witwe Brieger als Gesellschafter eingetragen werden. Nunmehr wurde das Haus für die Handelsgesellschaft aufgeführt. Der Magistrat erklärte darin ein Eigentumswechsel und zog die Gesellschaft um Umfassener nach einem anzurechnen an einen Grundstück. Voriges Jahr wurde das Grundstück herangezogen. Gegen die Heranziehung lagte die Witwe im Verwaltungsstreitverfahren mit dem Antrage, sie von der Steuer freizulassen, es habe den Eigentumswechsel festgestellt im Sinne der Umfassener-Ordnung. Das Grundstück sei durch Erbgang in den Besitz der Gesellschaft übergegangen, es sei daher steuerfrei. Wenn aber der Gerichtshof die Darlegung nicht anerkennen sollte, so seien der Steuer nicht 100.000 Mk., sondern nur 87.000 Mk. zu zahlen.

legen, da im Jahre 1886 dieser Preis als Höchstpreis festgesetzt worden sei.

Der Magistratsvertreter führte an, daß der Preis der Aktien nicht schicklich sein können, die festgesetzte Höchstpreis nur eine wirtschaftliche Bedeutung haben, im Sinne der Steuerordnung sei ein Wechsel des Eigenwertes anzunehmen, der sich ergeben und somit sei die Heranziehung berechnbar gewesen, und zwar mit einem Werte von 100.000 Mk., denn seit 1886 wachse die Aktien im Preis erheblich an. Der Magistratsvertreter erklärte im Sinne der Stadt.

Abdann wurde die Klage des Architekten Max Goldstein verhandelt, die seit 1895 vor dem Verwaltungsgerichtshof lagte. Am 28. Dezember 1905 wurde zwischen dem Architekt Goldstein und den Kaufleuten Warkauer und Madowitz ein notarieller Vertrag abgeschlossen, wonach die letzten beiden einen gewissen Teil des Silbermannsche auf der Hauptstraße besagte Grundstück an den Mann zu bringen, sich verpflichteten und auch 3000 Mk. Anzahlung an Silberstein zahlten. Am 1. April 1908 fand sich in der Person des Architekten Goldstein ein Käufer, der das Grundstück für 150.000 Mk. von Silberstein erwarb und von diesem an Goldstein aufgegeben wurde. Der Magistrat erachtete den materiellen Vertrag als einen Scheinvertrag, so daß hier ein bestimmtes Rechtsgeschäft, ein Doppelverkauf vorliege; Goldstein wurde für eine Kaufsumme von 300.000 Mk. zur Umfassener herangezogen. Dagegen lagte er. Im ersten Termin wurde Goldstein abgewiesen. Der Verwaltungsstreit nahm an, daß zwei Rechtsgeschäfte vorgelegen, von denen jedes steuerpflichtig sei. Ergab dieses Urteil legte Goldstein Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein. Die Revisionssache wurden als nicht schicklich angesehen, doch wies das Oberverwaltungsgericht die Sache an die Vorinstanz zurück, weil nicht geeignet geprüft war, ob auch wirklich ein Scheinvertrag beabsichtigt war. Es wurde nunmehr eine Reihe von Zeugen vernommen; die Auslagen ergaben, daß mündliche Abmachungen auf Kauf nicht vereinbart worden sind, daß aber der notarielle Vertrag geschlossen worden ist, was die Umfassener zu verzehren.

Der Verwaltungsstreit nahm gegen frühere Entscheidungen einen anderen Standpunkt ein. Der Magistrat wurde verurteilt, die Hälfte der eingezogenen Steuer, 1500 Mk., an den Kläger zurückzugeben. Der Gerichtshof sei keinen Augenblick im Zweifel, daß die Umfassener umgangen werden sollte, aber die Herren hätten eine Form gefunden, die träge abzuschließen, die nicht anzureifen seien, bezw. nicht ausreichend, um daraus ein steuerpflichtiges Rechtsgeschäft zu konstruieren.

Will somit die Stadt vor weitzem Schaden bewahren, so muß sie alsbald diese Klage ansäulen.

* „Pulver“ herbei! Ohne Pulver kann kein Krieg geführt, keine Schlacht geliefert, keine Stadtverordnungen wahl durchgeführt werden. Die Listen, Flugblätter, Hauszettel, Versammlungen, Schreiarbeit und anderes mehr — alles erfordert Geld, Geld und nochmals Geld. Wir bitten die Genossen, das nicht zu vergessen und recht fleißig die Sammelisten zu füllen mit Namen und mehr noch: mit Zahlen. Jetzt, wo wir bestimmte Aussicht haben, einige Sitze im Rathhause zu erobern, sollte es jedem eine Freude sein, auch materiell durch eine Geldspende dazu beizutragen!

* Das Arbeiter-Sekretariat in Breslau ist im Monat September 1908 von 679 Personen in Anspruch genommen worden; davon waren erstmalige Besucher 550, wiederholt erschienene 129, im ganzen wurde in 780 Fällen Auskunft erteilt.

Von den 679 Personen waren männlich 538, weiblich 141; organisiert 537, Ehefrauen Organisierter 57, Organisationsunfähige 85, wohnhaft in Breslau 594, auswärtig 85. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze beträgt 246.

* Haftung des Eisenbahnfahrers wegen Glätte in der Bahnhofshalle. Ein Arbeiter kam in der Halle des Bahnhofgebäudes auf dem glatten Fußboden zu Fall, als er zu dem nach Berlin fahrenden Zuge wollte und im Besitze seiner Arbeiterwochenschrift war. Infolge der bei dem Fall erlittenen Körperverletzung lagte er gegen den Eisenbahnfiskus auf Schadloshaltung. Das Landgericht erklärte den Anbruch für gerechtfertigt; die Berufung des klagenden Fiskus gegen das landgerichtliche Urteil wurde vom Kammergericht zurückgewiesen. Im selben Sinne entschied auf die Revision des Eisenbahnfiskus hin das Reichsgericht, indem es die Revision des Beklagten zurückwies. Das Reichsgericht schloß sich in seinen Entscheidungsgründen im wesentlichen den Darlegungen des Kammergerichts an, die dahin gehen, daß die Haftung des Beklagten für den Schaden des Klägers aus dem Gesichtspunkte des Reichshaftpflichtgesetzes mit Recht verneint worden sei, aber nach § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestehe. Der Beklagte habe den Verkehr in der Halle eröffnet und deshalb auch für genügende Sicherheit sorgen müssen. Da der gefährliche Zustand des Fußbodens der Halle am Unfalltage dargelegt sei, hätte der Beklagte den Nachweis führen müssen, daß ihn an dem Unfall keine Schuld treffe. Wohl habe der Beklagte Anordnungen zum Streuen gegeben, aber keinen Beweis nach § 331 des Bürgerlichen Gesetzbuches für die Zuverlässigkeit seiner Leute erbracht. Sodann müsse der Schaden aber noch nach § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches für den Schaden aufkommen, da er zu dem Kläger in einem Vertragsverhältnis gestanden habe. Die Annahme des Beklagten, seine Pflichten aus dem Verordnungsvertrage nähmen erst mit dem Passieren der Bahnsteigpforte durch die zu befördernden Personen ihren Anfang, sei unrichtig. Der Kläger habe mit seiner Fahrkarte aus Anlaß des Transportvertrages dem vom Beklagten gebotenen Weg benutzt. Bei einem Versehen in der gefährlichen Haltung des Raumbereiches seitens der Vertreter des Beklagten finde der § 278 des Bürgerlichen Gesetzbuches Anwendung.

* Die Verpachtung der „Schwefelerei“ im Scheiniger Park. Der Ausschuss IV. der Stadtverordneten-Versammlung beschloß, dem Pleum die Uebernahme der Pachtrechte des Bahnhof-Restaurateurs Semper in Protokollin zu empfehlen, welcher bekanntlich für die Pachtzeit vom 1. April 1909 bis 31. März 1915 17.000 Mk. und von dem Zeitpunkt der Eröffnung der Kaiserbrücke ab 20.000 Mk. Jahrespacht für die Schwefelerei zahlen will.

Durchbruch nach der Sternstraße. Der Abbruch der Gebäude der früheren Prinzesslichen Essensfabrik, Sternstraße 44/48 ist seit einigen Tagen in Angriff genommen und gegenwärtig wird bereits das Dach der kleinen Villa an der Straße, die auch die Kontorräume aufnahm, abgedeckt, sodass der Durchgang der neuen Albrechtstraße nach der Sternstraße beim der alten Albrechtstraße bald freie Bahn geschaffen sein wird. Wie bekannt, hat der Kaufmann Gollnitz von der Klosterstraße die Grundstücke erworben und wird nach Abbruch mit der Aufführung von Privatgebäuden auf beiden Seiten der neu durchzuführenden Straße beginnen.

* Mangelhafter Tiergarten. Anwohner des Schlachthofes schreiben: In der Nähe des Schlachthofes stehen überall Wärmehäuser des Tierärztes; diese sind, wie es scheint, nur zur Hiebe da, denn das am Mittwoch erund auf dem Berliner Platz (dem Spediteur Elias gehörende) Grundstück Pferd wurde vom Tierärzterverein nach dem Hofe des Schlachthofes von Michael gefahren, abgeladen und mit etwas Stroh zugedeckt. In dieser jämmerlichen Lage liegt es nun schon die zweite Nacht! Polizei, Tierarzt und wer weiß wer, waren auch schon dabei, jeder zuft mit den Achseln und geht wieder; ja, sagt die Polizei, wenn es auf der Straße läge. Der Tierärzterverein hat es in den Hof, welcher gleich an der Straße liegt, gebracht, nun kann es ja langsam werden. Der vorige Tierarzt, Herr Briel aus Wollswinkel, will auch nichts wissen, hier wird es zu einer Klage kommen, inzwischen Polizei und Tierärzterverein müssen größtmögliches Schauspiel zu ohne Abbildung zu schaffen. Wird man jetzt mindestens etwas tun? Wie uns solchen telephonisch gemeldet worden, ist das Tier um 11 Uhr heute früh verendet.

Sie werden nicht alle! Schon wieder hat der „General-Anzeiger“ eine Anzahl Opfer von raffinierten Betrugern auf dem Gewissen. Einige arme Teufel, die auf das Infernal im „General-Anzeiger“: „Schlüssel-Nebeverwerb bei 1000 Adress.“ & M. Vrb. „Germania“, Seite N. 65.

heraufzufen, beklagen jetzt den Verlust ihres ganzen Geldes. Fast scheint es, als hiesse der „General-Anzeiger“ mit den Betrugern unter einer Decke, denn obiges Infernal ist doch schon Dugendemale als Schwindelinferat öffentlich gekennzeichnet worden. Wie lange wird das Blatt und seine dunklen Auftraggeber noch Dumme finden? Bemerkte sei, daß wir auch dies Material nebst den Namen der Geprüelten dem Staatsanwalt überhandt haben.

Achtung, Unfallverletzte. In einem von dem Vertrauensarzt Dr. Stempel, Obdosenstraße 19, gegen unseren Verantwortlichen, Genossen Wolff, angestregten Prozeß sind uns noch einige weitere Zeugen erwünscht, welche die Anklagen der vorerwähnten Zeugen aus eigenem Augenblick bestätigen können. Namentlich ist uns das Zeugnis solcher Personen erwünscht, die wiederholt gesehen haben, daß sich Frauen im Wartezimmer der Männer teilweise ausgekleidet haben, um sich von Herrn Dr. Stempel behandeln zu lassen. Meldungen bitte recht bald unter genauer Angabe der Adresse.

Das Leben eines Menschen verläßt und doch freigesprochen! In der hiesigen Irren-Klinik war ein schwer kranker Patient eingekerkert worden; das Bad bekam ihm aber wohl nicht gut, denn er wurde im Wasser auffallend schwach und mußte vorzeitig in den Krankenstall zurückgeführt werden. Als Transporter fungierte der Krankenwärter Adolf Langner. Auf dem Wege spie der Patient einmal aus und traf dabei versehentlich die eine Hand des Krankenwärters. In der Wut darüber verfuhr der Transporter dem Kranken einige Schläge mit der Faust an den Hinterkopf! Diese Mißhandlung wurde von einem anderen Krankenwärter beobachtet, und weil der Schwerekrante am Tage darauf plötzlich verstarb, machte jener Wärter eine Anzeige bei dem dirigierenden Arzte. Die Folge davon war, daß Langner sofort entlassen und wegen Körperverletzung unter Anklage gestellt wurde. Die Vertheidigung des Gemüthskranken wurde jenseitig von dem Richter in der Klinik feiert, und in der Verhandlung vor dem Schöffengericht behauptete der als Sachverständiger geladene Anwalt, daß der Tod des in Frage stehenden Patienten ohnedies zu erwarten sei. (Wie weiß! Schließlich sieht ja jeder einmal) gewesen sei. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß er durch die Schläge nach dem Hinterkopf etwas früher eingetreten sei. Auf Grund dieses Gutachtens beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 50 Mark gegen Langner. Der Gerichtshof hielt aber den Kausalzusammenhang der Schläge mit dem Tode des Patienten nicht für ausreichend aufgeklärt, und er erkannte deshalb, nach der „Schl.“, auf Freisprechung des Angeklagten.

Endlich Frauen als Universitäts-Studentinnen! Was an anderen, namentlich süddeutschen und ausländischen Universitäten längst Brauch war, ist nun endlich auch an der Breslauer Universität eingeführt worden: Die Zulassung der Frauen zur Immatrikulation, d. h. zur Erwerbung des Bürgerrechts der Universität, womit man „vollwertiger Student“ wird. Es wird darüber berichtet: Nachdem den Frauen die Immatrikulation freigegeben ist, finden auf sie auch die Bestimmungen über die Zulassung männlicher Personen zum gasteilweisen Besuche der Vorlesungen Anwendung. Während das gasteilweise Hören von Vorlesungen bis jetzt der einzige Weg war, auf welchem die Frauen Universitätsstudien betreiben konnten, dürfen in Zukunft nur noch solche Damen als Hospitantinnen zugelassen werden, welche insofern eines ausübenden Berufes als Lehrerin, Beamtin oder als Angehörige des Gewerbestandes nicht immatrikulationsfähig sind. Aber auch diesen wird der Hospitantenschein nur verabsolgt, wenn sie entweder mindestens das Zeugnis für die Oberstufe einer neunstufigen höheren Lehranstalt, oder einen Grad an einer Universität erworben, oder das Lehrmittelergebnis abgelegt haben. Wenn hier noch in der Zulassung der Frauen als Gasthörerinnen eine wesentliche Aenderung eingetreten ist, so wünscht der Kultusminister, doch bei der Ueberleitung in den neuen Zustand Hürden vermieden zu sehen, und hat deshalb bestimmt, daß solchen Frauen, welche im Sommer-Semester 1908 zum gasteilweisen Besuche von Vorlesungen zugelassen waren, gestattet werden kann, auf dem bisherigen Wege ihre Studien zu beendigen. Ausländerinnen sind in der Regel vom gasteilweisen Besuche der Vorlesungen ausgeschlossen.

Verband der Friseurgehilfen. Eine patheletische Mitgliederversammlung des Friseurvereins fand am 7. Oktober im Restaurant zur Stadt Wien. In anschaulicher Weise referierte Herr Fachschullicher Zimmerling über den Wert der fachlichen Weiterbildung. In der Debatte wurde der Befriedigung Ausdruck gegeben, daß trotz der Nachwirkungen einzelner Forderungen der Fiskus dieses Jahr zustande komme und daß es möglich gemacht werde, die Fehler unserer menschenlichen Lehrlingsausbildung zu machen durch beratige geübte Fachkräfte. Den Bericht über die Aktion gegen tariffrüchtige Meister gibt Franzel. Schon jetzt sei zu beobachten, daß Fortschritte zu verzeichnen seien. Die Maßnahmen werden seitens der Verammlung gut geheißen. Lebhaftes Wohlwollen wurde der Forderung, daß in dem in der „Volksrecht“ jetzt veröffentlichten Firmenregister Barbermeister empfohlen werden, welche die Arbeiter erzwungen betrüpfeln und sich in Angelegenheiten gegen die Leiter der Bewegung nicht genug tun können. Die Verammlung beauftragt den Funktionär, Schritte gegen diese Verdrängung zu unternehmen. (Anmerkung der Redaktion: Wäre es nicht höchstbedauerlich und vorteilhaft, wenn man sich vor der Expedition des Parteiblattes heranzusetzen und dann erst Alarm zu schlagen?)

Gegen die Abstinenz beabsichtigt auf der am 14. Oktober in Berlin stattfindenden Versammlung des Schutzverbandes der Brauereiarbeiter der Provinz Ostpreußen in Breslau einen Antrag zu unterbreiten. Sein Inhalt über die „Ueberzeugung der Abstinenzbewegung“ wird schon jetzt als besonders wichtig angesehen. Die Abstinenz sehen diesem Organismus mit höchster Ruhe entgegen.

Zur Festlegung einer Abkürzungslinie nach dem Riesengebirge beantragt gegenwärtig der Eisenbahndirektor Breitenbach die in Betracht kommenden Straßen. Die langerechnete bessere Verbindung von Breslau nach Piesnitz nach Pirschberg wird wohl jetzt dem Stadium der Verwirklichung nahe sein. Die Eisenbahnverwaltung, der die Vorarbeiten zusetzt sind, hat die Linie über Rönitzsch-Striegau-Rohrstadt-Vollenhain-Marzdorf gewählt (von Piesnitz aus über Jauer-Rohrstadt) und hat auch bereits Projekte ausgearbeitet. In der Reihe des Ministers nimmt auch der Graf Zeppelin und Graf v. Helldorf teil, der im Riesengebirge mit dem Kaiser zusammentraf.

Großer Einbruchdiebstahl. Am 8. d. Mts. Morgens in der letzten Stunde, nachdem die Haushälterin das eigene Bett vor dem Eingange zum Hause geöffnet hatte, ist ein Dieb in das Fußgeheiß geschlichen. Er hat die Tür zum Laden geöffnet, indem er mittels Nachschlüssels die Tür zum Laden geöffnet hat. Er hat aus dem Laden entwendet: eine weiße Straußenfederboa, eine graue, eine braune und eine grüne große Straußenfeder, und sodann einen ganzen Karton mit verschiedenfarbigen Straußenfedern. Auch von Hüten, die im Laden hingen, hat er die wertvollsten Straußenfedern abgerissen und sämtliche Hüten nach wertvollen Straußenfedern durchwühlt. Der Wert der gestohlenen Federn beträgt über 1000 Mark. Personen, die von diesen Federn bereits gekauft haben sollten, oder sonst Angaben zur Ermittlung des Diebes machen können, werden gebeten, sich schleunigst im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums zu melden.

Ein fauberes Kleeblatt. Am 8. d. Mts. wurden zunächst zwei Frauenpersonen verhaftet, die von einem Polizeibeamten beschuldigt wurden, ihm während er den beiden einen

Besuch abstattete, aus letztem Portemonnaie von den dort vorhandenen 100 Mark drei Hundertmarkstücke und einen Fünfundzwanzig Markstück entwendet zu haben. Diese 300 Mark hatten die beiden Frauenpersonen noch am selben Abend einem Geschäftsfreund, der den Zustätter einer der beiden spielte, übergeben und dieser hatte das Geld in ein Couvert gesteckt und es unter einer Decke des Zustätters zur Post gegeben, vermutlich, um für den Fall, daß der bestohlene Herr Wärm schlägt und die Polizei Nachsuchung hält, das Geld nicht gefunden werde. Als aber auf die Anzeige des Bekleideten die Kriminalpolizei die beiden Frauenpersonen, die beide zugeben, gewerdmäßige Unachtsamkeit geübt zu haben, verhaftete und der Zustätter dieses erfuhr, holte er den Brief mit dem Gelde, der ohne Wertangabe aufgegeben war, von der Post wieder ab und überbrachte ihn, um sich von dem Verdacht der Bestrafung der Polizei und Zustätter reinzuwaschen, der Kriminalpolizei. Da die ganze Sachlage wider ihn zeugt, wurde er aber auch in Haft genommen.

† Gefunden wurden: ein Damenjaquet, ein Landsturmshelm, ein Beinhorn, ein Trauring.
† Zugelassen ist bei Herrmann, Graben 19, eine weiße Dogge.

Aus Schlesien und Posen.

Dirschberg, 9. Oktober. Ein Liebesdrama spielte sich Mittwoch in den Morgenstunden im benachbarten Bühnen in der Pflanzallee des Gabelnberges ab. Der 21jährige Neut Anton Leyer aus Oberallert, bisher Geschäftsführer des Auger'schen Fabrikums in Danneberg, sollte heute früh mit dem Kletterertransport zum Mann-Regiment Nr. 11 in Pardubitz abziehen. Seine Geliebte Emma Pfeifer aus Marischendorf wollte ihn offenbar bis zum Bahnhof begleiten. Gegen 6 1/2 Uhr sah man nun das Liebespaar gegen den Gabelnberg gehen und gegen 8 Uhr fanden Spaziergänger die beiden als Leichen auf. Das Mädchen hatte eine Schusswunde an der linken Schläfe und eine zweite mitten in der linken Brust. Die Schüsse waren aus unmittelbarer Nähe abgegeben, da der Stoff der Schussöffnung verbrannt war. Über dem Mädchen lag Leyer, der einen Schuß in die rechte Schläfe hatte. Der Tod muß bei beiden sofort eingetreten sein. Neben den Leichen lag ein Revolver und ein von den beiden Unseligen gemeinsam geschrieben Brief, in welchem sie die Eltern um Verzeihung bitteten, daß sie ihnen dies Leid angetan. Getrennt vermochten sie nicht zu leben, darum suchten sie gemeinsam den Tod.

Glogau, 9. Oktober. Todesfall. Geheimer Sanitätsrat Dr. Neumann ist Mittwoch im nähesten vollendeten 77. Lebensjahre gestorben. Der Verstorbenen ist in weiteren Kreisen besonders dadurch bekannt geworden, daß er in den ersten Väterprozessen als Sachverständiger gewirkt und den Dreißigern von Klein-Tschirne schon damals als Geisteskranken charakterisiert hat, wodurch er sich den Unmut des Angeklagten zuzog, der sich in einer vom Sachverständigen natürlich abgelehnten „Forderung“ Luft machte.

Sprottau, 9. Oktober. Ein anstrengender Fall ereignete sich Mittwoch Nachmittag auf dem hiesigen Bahnhof. Der um 8,05 Uhr fällige Post- und Personenzug nach Glogau kam mit einiger Verspätung hier an und wurde dabei mit möglichster Eile zur Abfahrt fertig gemacht. Noch ehe das Ausladen der Post-Gepäckstücke beendet war, gab der Bahnpostfahrer das Abfahrtsignal und der Zug setzte sich in Bewegung. Ein älterer Postunterbeamter klopfte über ein Paket und kam dicht vor dem fahrenden Zuge an. Es fehlte nicht viel, so wäre er erlöst und gerädert worden.

Lüben, 8. Oktober. Eine derbe Tracht. Ueberfallen wurde an einem der letzten Abende auf der Franke'schen Chauffee von einem Wegelagerer, ein aus Ungarn kommender Arbeiter. Der Strolch, welcher es wohl auf einen Raubanzug abgesehen hatte, zog schnell, als er von weitem das Licht eines herankommenden Wagens erblickte, eine Schnur über die Chauffee, damit dieser vom Raub hinweg solle und er dabei Gelegenheit fände, über ihn herzufallen und ihn zu berauben. Der Radfahrer, welcher inzwischen herangekommen war, stürzte auch und wurde von dem Wegelagerer angegriffen. Es kam zu einem Ringkampf, wobei jedoch der Wegelagerer, welcher der Schwächere war, so viel Prügel bekam, daß er den Arbeiter lebendiglich hat, doch endlich mit seinen Schlägen aufzuhören. Der Ueberfallene hatte nur einige Kratzwunden im Gesicht erlitten.

Görlitz, 9. Oktober. Des Geigers Ende. Einen tragischen Tod hat der aus Ungarn gebürtige, 40 Jahre alte Musiker Bertil Sakabi gefunden. Sakabi spielt seit einigen Tagen mit der Bigenkapelle im „Wiener Cafe“. Er logierte in einem Hause der Breitestraße. Seinen Wirtstheuren hatte er vorgestern Abend nach seiner Rückkehr aus dem Wiener Cafe Aufträge gegeben, ihn nicht so zeitig zu wecken, da er sehr müde sei. Als seine Kollegen gestern bereits beim Mittagsmahle saßen und er noch nicht erschienen war, versuchte man, sich Eingang in sein Zimmer zu verschaffen, das aber verschlossen war. Gleichzeitig nahm man einen starken Gasgeruch wahr. Man wurde sofort ein Schloffer geholt, der die Tür aufschloß. Man fand Sakabi in leblosem Zustande auf einer Chaise longue liegend. Das Zimmer war mit Gas gefüllt. Der Gasbehälter war noch geöffnet. Die sofort angestellten Wiederbelebungsvorkehrungen waren leider erfolglos. Ob ein Selbstmord oder ein Unfall das Schicksal vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Das alte Lied. Erloschen hat sich in der Nacht vom 5. zum 6. Oktober in seiner Wohnung auf der Hiltnerstraße ein 30jähriger unverheirateter Kellner. Er war stellungslos.

Reife, 9. Oktober. Schlägerei im Eisenbahnhause. Als Mittwoch gegen Abend der von Breslau kommende Zug mit dem nach hier einbezogenen Rekruten die Station Labisch passierte, kam es in einem Abteil zu Streitigkeiten, die in eine Schlägerei ausarteten, wobei sich die Streitenden gegenseitig mit Faustschlägen bedrohten. Ein Rekrut zog die Rolle, worauf der Zug zum Stehen kam. Nachdem die Kaufleute wieder zur Ruhe gebracht worden waren, konnte der Zug weiterfahren. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof wurden die Kampfparteien einem Offizier übergeben zur Vernehmung der Personalien.

Reife, 9. Oktober. Sittlichkeitsverbrecher. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde wider den Pauergrabenbürger Julius Weiß aus Polans-Obersdorf wegen verführerischer Notzucht verhandelt. Das Urteil lautet auf ein Jahr Gefängnis.

Ratibor, 9. Oktober. Ein brennendes Fuhrwerk. Am Montag schied der Kaufmann Schwoback seinen Kutscher mit einem mit Möbeln beladenen dem Wälschbühlanten Eschander gehörenden Wagen nach Petershosen. Auf dem Rückwege geriet im nächtlichen Nebel das auf dem Wagen liegende Stroh auf unerklärliche Weise in Brand. Im Nu brannte der ganze Wagen lichtlos. Das Holzgestell wurde ein Raub der Flammen, und auch die Pferde, sowie der Kutscher erlitten Brandwunden.

Robertitz, 8. Oktober. Die Hölle auf Erden. Am letzten Sonntag Abend gegen 3 Uhr brach in dem von Arbeitern bewohnten Arbeiterwohnhaus Feuer aus, welches dieses fast vollständig einäscherte. Zwei Witwen, die mit ihren Kindern in einer Obelohnung wohnten, gelang es nur mit knapper Not, ihr nacktes Leben zu retten. Diese mußten stierend auf den Feldern kampieren. Bis endlich ein Obdach für sie gefunden wurde. Leider verbrannte die Obelohnung total. Waren die Feuerwehren schneller und in ordnungsgemäßen Zustände zur Stelle gewesen, dann lag die Möglichkeit vor, das Gebäude vor der völligen Vernichtung zu bewahren. Fast alle zu Hilfe eilenden Feuerwehren hatten mehr oder minder große Defekte an ihren Dampfschleppern. Einer fiel infolge Trudenstöße der Wasserwagen und bei einer dritten zog die Spritze kein Wasser. Weillien aber gab es zerrißene Schläuche, die erst auf der Brandstelle repariert werden mußten. Infolge dessen brannte das Haus fast vollständig aus, und jede Gefahr war beseitigt. Nachdem alle zu Hilfe geeilten Feuerwehren der Nachbargemeinden wieder abgezogen waren, brach gegen 2 Uhr Nachts aus dem wieder in demselben Gebäude Feuer aus. Da nur noch die

Wohnung der Feuerwehre am Orte war, verging wieder eine geraume Zeit, ehe Wasser zum Löschen zur Stelle war. Der Bewohner der umliegenden Gebäude bemächtigte sich eine große Anzahl, und sie gaben ihrem Unmut darüber lebhaften Ausdruck. Schließlich gelang es aber doch, das Feuer endgültig zu löschen. Die aufführsüchtigen Drame würden sich ein Verbleib erwirken, wenn sie die länderlichen Feuerlöschgeräte einer genaueren Prüfung unterziehen würden, dann könnte es nicht vorkommen, daß solche Verzögerungen, die unter Umständen schwere Folgen mit sich bringen können, entfielen.

Deuthen OS., 8. Oktober. Was man nicht anbers fassen kann, sieht man als großen Anzug an. In der Brauerei Wünsche in Rattowitz, in der Abzüge und Behandlung erst oberflächlich sind und waren, hatte ein Teil der Arbeiter sich dem Transportarbeiterverband angeschlossen. Kurze Zeit darauf wurde der Vertrauensmann gemacht. Infolge dieser Maßregel legten die übrigen Arbeiter die Arbeit nieder und traten in den Ausstand. Ueber die ausständigen Arbeiter wurden allerhand unwahre Gerüchte verbreitet, weshalb sich die Verbandsleitung veranlaßt sah, diesen in einem Flugblatt entgegenzutreten und die Tatsachen, die zum Ausstand führten, klarzulegen. Daraufhin erließen der Drucker Benicawolitz, der Verleger Trappe und der Verteiler Agowollitz ein polizeiliches Strafmandat über je 60, bezw. 15 Mk. Auf die hiergegen beantragte richterliche Entscheidung wurden vom Rattowitzer Schöffengericht die Strafbefehle bestätigt. Die Strafmänner des hiesigen Landgerichts als Berufungsinstanz dagegen sprach Kommissar Frei, da ihm seine Behauptung, er habe den Inhalt des Flugblattes nicht gekannt, nicht widerlegt werden konnte. Die Berufung der beiden anderen wurde verworfen, da das Gericht sich auf den Standpunkt des Vorberichters stellte. Dieses Urteil ist höchst unverständlich. Obgleich der Wahrheitsbeweis völlig gelang, und auch nicht der geringste Beweis dafür erbracht wurde, daß jemand durch dieses Flugblatt beunruhigt wurde, erfolgte dennoch die Verurteilung, gegen die Revision eingelegt wird. Ein Gutachten hatte der Prozeß doch, denn er zeigte so recht deutlich, wie niedrige Abzüge und welche Behandlung oberflächlichen Arbeitern zugeteilt ist. So sagte ein Zeuge aus, daß der Wochenlohn im Höchstfalle 16 Mark betragen habe, wovon aber noch die eventuellen Verluste zu bezahlen waren. „Schmupfwohle, wie „Pump“, verfluchtes Schwein“ und sonstige Insulten, die man in der Asologie findet, mußten sich die Arbeiter tagtäglich gefallen lassen. — Wie lange werden sich die oberflächlichen Arbeiter noch eine derartige Behandlung gefallen lassen? — Sinein in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und frei gemacht vom Eingelände der Pfaffen und Kapitalisten.

Bunigshütte, 9. Oktober. Vom Gerüst abgestürzt. Bei den Renovationsarbeiten der hiesigen Gedwigskirche stürzte Mittwoch ein 60 Jahre alter Maurer von einem etwa 15 Meter hohen Gerüst herunter und zog sich schwere Verletzungen zu. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

— Nach eine Bluttat. Mittwoch Abend kurz nach 1/9 Uhr kam der 67 Jahre alte Jubalide Koh. Garinstot von hier mit seinem Sohne Wilhelm wegen dessen fälschlichen Lebenswandels in Streit. Als der Vater dem Sohne Vorhaltungen machte, schlug ihn dieser mit der Faust in's Gesicht. Darauf packte der Vater den Sohn, um ihn der Polizei auszuliefern. Am Hofe zog der Sohn ein langes Messer und stach es dem Vater in die linke Kopfsseite. Verwundungslos und blutüberströmt brach der alte Mann zusammen. Nach Anlegen eines Nothverbandes wurde der Schwerverletzte von der Polizei nach dem Knappschafts-Lazarett gebracht, wo er noch ohne Bewußtsein liegt. Hoffnungen auf Erhaltung seines Lebens bestehen nicht. Der Sohn wurde verhaftet.

Laband, 9. Oktober. Rote Bürchen. Eine unanständige Robeit leisteten sich zwei Burschen von hier. Sonntag Abends gegen 7 Uhr wurde ein vollkommen erblindeter Mann, der seines Berufes Korbflechter ist, von zwei Komdiens kurz hinter Laband angehalten und aufgefordert, sein Geld herzugeben. Als der Blinde versicherte, daß er nichts besäße, und als er die Strafenräuber bat, doch auf seinen Zustand Rücksicht zu nehmen, schlugen die Kerle die Antwort auf ihn ein. Als der Blinde mittels seines Stockes die Schläge abzuwehren trachtete, aber infolge der Nacht, die auf seinen Augen lag, dies nicht energisch tun konnte, zog einer der Strafenräuber einen Revolver und verletzte dem Blinden den durch einen Schuß an der linken Hand so schwer, daß der arme Mann jetzt nicht arbeiten kann und nun im Elend verbleibt.

Zabrze, 8. Oktober. In Erstickungsgefahr. Beim Abbäumen eines Brandfeldes auf der Ferdinandgrube gerieten eine Anzahl Bergleute in Erstickungsgefahr. Drei Männer wurden besinnungslos in das Knappschafts-Lazarett eingeliefert, wo sie sich wieder erholten. Sie befinden sich außer Lebensgefahr.

Strelitz (Posen), 9. Oktober. Achtung, Tabakarbeiter! Die dem Deutschen Tabakarbeiter-Verbande anhängigen Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen der Firmen Emil und Ernst Klische traten im Laufe der vorigen Woche in eine Lohnbewegung ein. Auf friedlichem Wege gelang es, die Forderungen der Arbeiter bei der Firma Emil Klische zur Anerkennung zu bringen. Die Löhne wurden pro Mille um 50 Pfg. erhöht, so daß der Minimallohn 7,75 Mk. pro Mille betrug. Nur die Firma Ernst Klische konnte sich noch nicht dazu verstehen, die minimalen Forderungen zu bewilligen, weshalb am Montag, den 5. Oktober, sämtliche Arbeiter die Arbeit niederlegten. Öffentlich wird nun auch Ernst Klische, nachdem er die Einigkeit der Arbeiter gesehen hat, bald zur Einsicht gelangen. Die Tabakarbeiter wollen Strelitz so lange meiden, bis auch die letzte Firma bewilligt hat.

Bosen, 9. Oktober. Zum Raubmord bei Pinne. Der im Bissar Krankenhaus unter dem Verdacht des Raubmordes verhaftete Bader Friedrich Schulte ist bereits nach Posen transportiert und dem hiesigen Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Dem Vernehmen nach leugnet Schulte jede Beteiligung an dem Verbrechen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags 63, 6. 6. Der zweite Sonntag im Oktober 1888 war der 14. Oktober.

Schl., Matthiasstraße. Wir können Ihnen nur raten, sich von diesem Unternehmen fern zu halten; denn Sie können dabei wenig gewinnen, aber viel verlieren.

Brieg. Leider kann ich Ihrem Wunsche nicht entsprechen.

G. M., 6. Das verkaufte Rad dürfen Sie nicht zurückbehalten, wohl aber können Sie den Käufer wegen Zahlung des Restes verklagen.

M. S. 5. Auch wegen Alimenter für uneheliche Kinder kann der Lohn angesetzt werden; diese Vorschriften findet jedoch insofern keine Anwendung, als der Schuldner zur Befreiung seines vorläufigen Unterhalts und zur Erfüllung der ihm seinen Verwandten, seiner Ehefrau oder seiner früheren Ehefrau gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflicht der Bezüge bedarf.

Ueberraschend schnell u. gründlich arbeitet das echte Dr. Thompsons Seifenpulver, weiß, ohne sie anzugreifen und gibt ihr einen frischen angenehmen Geruch. — Ueberall zu haben.